

Stand 25.6.2008

Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung

- Artikel 1 Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz – LABG)
- Artikel 2 Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG)
- Artikel 3 Verordnung über den Zugang zum nordrhein-westfälischen Vorbereitungsdienst für Lehrämter an Schulen und Voraussetzungen bundesweiter Mobilität (Lehramts-Zugangsverordnung LZV)
- Artikel 4 Übergangsregelungen zum berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst
- Artikel 5 Rückkehr zum Verordnungsrang

Artikel 1

Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz – LABG)

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Weiterentwicklung der Lehrerausbildung
- § 2 Ziel der Ausbildung
- § 3 Lehramtsbefähigungen
- § 4 Verwendung

II. Vorbereitungsdienst und Staatsprüfung

- § 5 Vorbereitungsdienst
- § 6 Zulassungsbeschränkungen
- § 7 Staatsprüfung
- § 8 Prüfungsamt

III. Zugang zum Vorbereitungsdienst

- § 9 Zugang zum Vorbereitungsdienst
- § 10 Studienabschlüsse
- § 11 Akkreditierung von Studiengängen
- § 12 Praxiselemente

IV: Sondervorschriften

- § 13 Berufsbegleitender Vorbereitungsdienst
- § 14 Anerkennung
- § 15 Mehrere Lehrämter
- § 16 Mehrere Lehrbefähigungen (Erweiterungen); Unterrichtserlaubnisse
- § 17 Lehrerinnen und Lehrer ohne eine Befähigung zu einem Lehramt
- § 18 Förderliche Berufstätigkeit

V. Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 19 Früher erworbene Lehrämter
- § 20 Inkrafttreten; Außerkrafttreten; Übergangsregelungen; Berichtspflicht

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Weiterentwicklung der Lehrerausbildung

(1) Das Land und die Hochschulen gewährleisten eine Lehrerausbildung, die die Bedürfnisse der Schulen berücksichtigt.

(2) Das Studium liegt in der Verantwortung der Hochschulen. Das Land regelt diese Phase der Ausbildung durch die Festlegung von Zugangsbedingungen für den Vorbereitungsdienst, durch Vorgaben für die Akkreditierung von Studiengängen und durch Zielvereinbarungen. Das für Wissenschaft zuständige Ministerium stimmt sich vor Abschluss von Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen zur Lehrerausbildung, insbesondere zu lehramtsrelevanten Studienkapazitäten und dem Umfang fachdidaktischer Studienkapazitäten, mit dem für Schulen zuständigen Ministerium einvernehmlich ab. Der Vorbereitungsdienst liegt in der unmittelbaren Verantwortung des Landes. Die Qualität der Ausbildung wird kontinuierlich und in Abstimmung mit der Schulentwicklung evaluiert und weiterentwickelt.

(3) Die Landesregierung berichtet dem Landtag im Abstand von drei Jahren, beginnend im Jahr 2012, über Entwicklungsstand und Qualität der Lehrerausbildung. Dazu wirken die Hochschulen und alle für die Lehrerausbildung zuständigen Stellen des Landes zusammen.

§ 2 Ziel der Ausbildung

(1) Ziel der Ausbildung ist die Befähigung, ein Lehramt an öffentlichen Schulen selbstständig auszuüben. Die Anforderungen, die an die Ausbildung der Lehrkräfte für den Ersatzschuldienst zu stellen sind, richten sich nach § 102 Schulgesetz NRW.

(2) Die Ausbildung gliedert sich in Studium und Vorbereitungsdienst. Aus- und Fortbildung, einschließlich des Berufseingangs, orientieren sich an der Entwicklung der grundlegenden beruflichen Kompetenzen für Unterricht und Erziehung, Beurteilung, Diagnostik und Schulentwicklung sowie an den wissenschaftlichen Anforderungen der Fächer. Dabei ist die Befähigung zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern und zum Umgang mit Heterogenität besonders zu berücksichtigen.

§ 3 Lehramtsbefähigungen

(1) Es gibt folgende Lehramter (Lehramtsbefähigungen):

1. Lehramt an Grundschulen,
2. Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen,
3. Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen,
4. Lehramt an Berufskollegs,
5. Lehramt für sonderpädagogische Förderung.

(2) Eine Lehramtsbefähigung erwirbt, wer die entsprechende Staatsprüfung bestanden hat.

§ 4 Verwendung

(1) Die Befähigung zu einem Lehramt gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 berechtigt zur Erteilung von Unterricht in den entsprechenden Schulformen. Die Befähigung zum Lehramt für sonderpädagogische Förderung berechtigt zur Erteilung von Unterricht in Förderschulen sowie in anderen Schulformen entsprechend den fachlichen und sonderpädagogischen Anforderungen. Die Befähigung zum Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen berechtigt auch zur Erteilung von Unterricht an Berufskollegs. Die Befähigung zum Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen berechtigt an Gesamtschulen zum Einsatz in den Jahrgangstufen 5 bis 10.

(2) § 29 Abs. 2 Landesbeamtengesetz bleibt unberührt.

II. Vorbereitungsdienst und Staatsprüfung

§ 5 Vorbereitungsdienst

(1) Der Vorbereitungsdienst für ein Lehramt ist an Schulen und an staatlichen Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung zu leisten. Er hat eine Dauer von mindestens zwölf Monaten und ist am jeweils angestrebten Lehramt auszurichten.

(2) Aufgabe des Vorbereitungsdienstes ist die theoretisch fundierte Ausbildung für die berufspraktische Tätigkeit in zunehmender Eigenverantwortlichkeit der Auszubildenden. Zur Ausbildung im Vorbereitungsdienst gehört selbstständiger Unterricht.

§ 6 Zulassungsbeschränkungen

(1) Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst kann auf Zeit beschränkt werden, wenn die Zahl der Bewerbungen die Ausbildungskapazitäten insgesamt, für ein einzelnes Lehramt oder für einzelne Fächer überschreitet. Bei der Ermittlung der Ausbildungskapazitäten hat das für Schulen zuständige Ministerium im Rahmen des Landeshaushalts die durch die personelle, räumliche, sächliche und fachspezifische Ausstattung gegebenen Möglichkeiten der Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung und der Schulen auszuschöpfen.

(2) Bei überschießenden Bewerbungen werden Ausbildungsplätze vergeben:

1. vorab bis zu 10 von 100 an Bewerberinnen und Bewerber mit mindestens einem Fach, in dem nach den Feststellungen des für Schulen zuständigen Ministeriums ein dringender Bedarf besteht,
2. mindestens 60 von 100 nach dem Ergebnis der Studienabschlüsse (Mittelwert aus Bachelor- und Master-Abschluss oder Erste Staatsprüfung) ,
3. bis zu 25 von 100 nach der Wartezeit seit der ersten Bewerbung,
4. bis zu 5 von 100 für Härtefälle.

Bei Ranggleichheit mehrerer Bewerbungen werden die Studienabschlüsse oder die Wartezeit ergänzend zu Grunde gelegt. Im Übrigen entscheidet ersatzweise das Los.

(3) Dienstzeiten aufgrund des

1. Art. 12a des Grundgesetzes einschließlich Dienstleistungen auf Zeit,
 2. Entwicklungshelfergesetzes vom 18. Juli 1969 (BGBl. I S. 549) in der jeweils geltenden Fassung,
 3. Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres vom 17. August 1964 (BGBl. I S. 640) in der jeweils geltenden Fassung
 4. Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres vom 17. September 1993 (BGBl. I S. 2118) in der jeweils geltenden Fassung,
- gelten bis zu einer Dauer von 24 Monaten als Wartezeit. Entsprechendes gilt für Zeiten der häuslichen Betreuung von minderjährigen Kindern und Verzögerungen auf Grund der Pflege naher Angehöriger.

§ 7 Staatsprüfung

(1) Durch die Staatsprüfung wird festgestellt, ob die Kandidatin oder der Kandidat das Ziel der Ausbildung erreicht hat.

(2) Die Staatsprüfung findet während des Vorbereitungsdienstes statt. Das Beamtenverhältnis endet im Falle des Bestehens oder endgültigen Nicht-Bestehens mit dem Ablegen der Prüfung. Die Prüfung ist abgelegt, sobald der Kandidatin oder dem Kandidaten das Prüfungsergebnis schriftlich bekannt gegeben ist. Die schriftliche Bekanntgabe erfolgt bei bestandener Prüfung im Verlauf des letzten Ausbildungsmonats, bei endgültig nicht bestandener Prüfung unmittelbar nach der Prüfung.

(3) Das für Schulen zuständige Ministerium erlässt im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium eine Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen als Rechtsverordnung, in der es die Zulassung sowie die Durchführung des Vorbereitungsdienstes und der Prüfung im Einzelnen regelt. Es trifft insbesondere Regelungen über

1. Voraussetzungen und Verfahren der Einstellung in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf sowie die nähere Ausgestaltung des Zulassungsverfahrens nach § 6,
2. Ausgestaltung, Dauer und Durchführung des Vorbereitungsdienstes,
3. Art und Umfang der Prüfungsleistungen einschließlich der Berücksichtigung von Ausbildungsleistungen, die Bildung der Prüfungsausschüsse, die Prüfungsnoten, das Verfahren bei der Bewertung von Prüfungsleistungen und die Notenbildung für Prüfungen sowie die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses der Prüfung.

§ 8 Prüfungsamt

(1) Staatsprüfungen werden vor dem zuständigen staatlichen Prüfungsamt abgelegt.

(2) Die Dienst- und Fachaufsicht liegt bei dem für Schulen zuständigen Ministerium oder der von ihm beauftragten Stelle; es trifft in diesem Rahmen die erforderlichen Maßnahmen, um die Vergleichbarkeit von Prüfungsanforderungen und Leistungsbewertungen zu gewährleisten.

III. Zugang zum Vorbereitungsdienst

§ 9 Zugang zum Vorbereitungsdienst

(1) Die fachlichen Voraussetzungen für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt mit Studienabschlüssen nach § 10 erfüllt unbeschadet der Anerkennungen nach § 14 Abs. 1, wer die für das jeweilige Lehramt vorgesehenen Studienabschlüsse in gemäß § 11 akkreditierten Studiengängen entsprechend den Anforderungen dieses Gesetzes und der Verordnung nach Absatz 2 erworben hat und Praxiselemente nach § 12 nachweist.

(2) Das für Schulen zuständige Ministerium erlässt im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Finanzministerium und dem für Wissenschaft zuständigen Ministerium sowie nach Information des für Schulen zuständigen Landtagsausschusses und des für Wissenschaft zuständigen Landtagsausschusses eine Rechtsverordnung, in der die fachlichen Voraussetzungen festgelegt werden, unter denen Studienabschlüsse den Zugang zum Vorbereitungsdienst für ein Lehramt eröffnen. Das Ministerium trifft in diesem Rahmen Regelungen über

1. die für die einzelnen Lehrämter zugelassenen Fächer (Unterrichtsfächer, Lernbereiche, berufliche Fachrichtungen und sonderpädagogische Fachrichtungen) einschließlich deren Verbindungen,
2. den Mindestumfang der beim Zugang zum Vorbereitungsdienst nachzuweisenden fachwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Leistungen (Leistungspunkte) und jeweils zu erwerbende Kompetenzen, gegebenenfalls durch Verweis auf bundesweite Vereinbarungen unter den Ländern, einschließlich der erforderlichen Sprachkenntnisse sowie das für Abschlusszeugnisse zu verwendende Notensystem,
3. Mindestanforderungen an die Praxisphasen des Studiums, insbesondere an das Praxissemester, und das Assistenzpraktikum.

§ 10 Studienabschlüsse

(1) Der Zugang zum Vorbereitungsdienst setzt für alle Lehrämter den Abschluss eines Bachelorstudiums mit sechs Semestern Regelstudienzeit voraus sowie einen Abschluss zum „Master of Education“ mit vier Semestern Regelstudienzeit.

(2) Die Studienabschlüsse sind an Universitäten zu erwerben oder in den Unterrichtsfächern Kunst, Musik und Sport einschließlich der Erziehungswissenschaft an Kunst- und Musikhochschulen oder an der Deutschen Sporthochschule Köln. Leistungen aus Studiengängen an Fachhochschulen können angerechnet werden, soweit das Studium nach diesem Gesetz insgesamt überwiegend an den in Satz 1 genannten Hochschulen geleistet wird. Für den Zugang zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Berufskollegs mit zwei verwandten beruflichen Fachrichtungen gilt Satz 2 nicht, wenn der Master-Abschluss ausschließlich an einer Hochschule nach Satz 1 erworben wird.

(3) Das lehramtsrelevante Profil des Studiums einschließlich der Praxiselemente in Verantwortung der Hochschulen wird in einem Diplomzusatz (Diploma Supplement) dokumentiert.

§ 11 Akkreditierung von Studiengängen

(1) Studienabschlüsse nach § 10 eröffnen den Zugang zu einem der Lehrämter nach § 3 Abs. 1, wenn sie in gemäß § 7 Hochschulgesetz akkreditierten Studiengängen erworben wurden. Gegenstand der Akkreditierung sind auch die Studien- und Prüfungsordnungen für die einzelnen Fächer. Die durch oder aufgrund dieses Gesetzes gestellten Anforderungen an den Zugang zum Vorbereitungsdienst, die in Abs. 2 bis Abs. 7 gestellten Anforderungen an Studiengänge sowie bundesweite Vereinbarungen unter den Ländern sind zu beachten. In Akkreditierungsverfahren wirkt das für Schulen zuständige Ministerium oder eine von ihm benannte Stelle mit. Die Akkreditierung von Master-Studiengängen ist an die Zustimmung des für Schulen zuständigen Ministeriums oder der von ihm benannten Stelle gebunden.

(2) Das Bachelorstudium enthält bereits lehramtsspezifische Elemente und ist so anzulegen, dass die erworbenen Kompetenzen auch für Berufsfelder außerhalb der Schule befähigen. Das Masterstudium bereitet gezielt auf ein Lehramt vor. Das Studium umfasst am Ausbildungsziel orientierte erziehungswissenschaftliche, fachwissenschaftliche und fachdidaktische Studien, in die Praxisphasen einzubeziehen sind. Die Hochschulen können zulassen, dass Leistungen des Bachelorstudiums von einem Studierenden im Rahmen eines vorläufigen Zugangs zum Masterstudium individuell nachgeholt werden, wenn zu erwarten ist, dass sie innerhalb eines Jahres erbracht werden.

(3) Das Studium orientiert sich an der Entwicklung der grundlegenden beruflichen Kompetenzen nach § 2 Abs. 2. Die Kompetenzen werden in einem systematischen Aufbau erworben. Dazu entwickeln die Hochschulen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben und der bundesweiten Vereinbarungen unter den Ländern über Anforderungen an Erziehungswissenschaften und Fächer Curricula.

(4) Das Studium gliedert sich in Lehreinheiten (Module) gemäß § 60 Abs. 3 des Hochschulgesetzes. Die Module des Masterstudiums werden jeweils mit einer Modulabschlussprüfung abgeschlossen, die als solche im Diplomzusatz (Diploma Supplement) ausgewiesen ist und den Kompetenzerwerb im gesamten Modul abbildet. Den einzelnen Studien- und Prüfungsleistungen sind Leistungspunkte nach den im European Credit Transfer System festgelegten Kriterien zugeordnet.

(5) Das Studium für die einzelnen Lehrämter umfasst sowohl im Bachelor-Studiengang als auch im Master-Studiengang neben dem erziehungswissenschaftlichen Studium und den in Verantwortung der Hochschulen liegenden Praxiselementen folgende Bestandteile:

1. für das Lehramt an Grundschulen das Studium der Lernbereiche Sprachliche Grundbildung und Mathematische Grundbildung und eines weiteren Lernbereichs oder Unterrichtsfachs jeweils einschließlich der Fachdidaktik; das erziehungswissenschaftliche Studium ist auf das frühe Lernen konzentriert und enthält elementarpädagogische und förderpädagogische Schwerpunkte,

2. für das Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen das Studium von zwei Unterrichtsfächern einschließlich der Fachdidaktik; im Master-Studiengang ist entsprechend dem Angebot der Hochschule ein Profil Hauptschule oder ein Profil Realschule zu wählen,
3. für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen das Studium von zwei Unterrichtsfächern einschließlich der Fachdidaktik; an die Stelle von zwei Unterrichtsfächern kann nach Maßgabe der Verordnung nach § 9 Abs. 2 das Fach Kunst oder das Fach Musik treten; an die Stelle eines Unterrichtsfaches kann eine sonderpädagogische Fachrichtung treten,
4. für das Lehramt an Berufskollegs das Studium der Berufspädagogik sowie das Studium von zwei beruflichen Fachrichtungen oder eines Unterrichtsfaches und einer beruflichen Fachrichtung jeweils einschließlich der Fachdidaktik; das Studium einer beruflichen Fachrichtung kann mit dem Studium einer sonderpädagogischen Fachrichtung verbunden werden,
5. für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung das Studium von zwei Unterrichtsfächern jeweils einschließlich der Fachdidaktik und das Studium von zwei sonderpädagogischen Fachrichtungen.

(6) Leistungen in Lernbereichen, Unterrichtsfächern, beruflichen Fachrichtungen und sonderpädagogischen Fachrichtungen sowie in Erziehungswissenschaft sind zu einem Anteil von mindestens einem Fünftel im Masterstudium (ohne Berücksichtigung des Praxissemesters) zu erbringen.

(7) Leistungen in Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte sind für alle Lehrämter zu erbringen. Das Studium moderner Fremdsprachen umfasst mindestens einen Auslandsaufenthalt von drei Monaten Dauer. In den Unterrichtsfächern Kunst, Musik und Sport beruht bereits der Zugang zum Studium auf dem Nachweis der lehramtsbezogenen Eignung für diese Studiengänge; der Abschluss des Studiums beruht auch auf fachpraktischen Prüfungsleistungen.

§ 12 Praxiselemente

- (1) Der Zugang zum Vorbereitungsdienst mit Studienabschlüssen nach § 10 erfordert vorausgehende schulpraktische Ausbildungselemente. Diese umfassen
1. ein mindestens dreiwöchiges Orientierungspraktikum,
 2. ein Praxissemester von mindestens fünf Monaten Dauer, das neben den Lehrveranstaltungen mindestens zur Hälfte des Arbeitszeitvolumens an Schulen geleistet wird und
 3. ein das Studium ergänzendes Assistenzpraktikum.

Das Studium umfasst neben der schulpraktischen Ausbildung ein mindestens dreiwöchiges außerschulisches Praktikum. Alle Praxiselemente werden in einem Portfolio dokumentiert.

(2) Das Bachelorstudium umfasst, in der Regel im ersten Studienjahr, ein erziehungswissenschaftlich oder fachdidaktisch begleitetes Orientierungspraktikum, das der kritisch-analytischen Auseinandersetzung mit der Schulpraxis und der Entwicklung einer professionorientierten Perspektive für das weitere Studium dient. Es umfasst zudem ein außerschulisches Praktikum, das den Studierenden Erfahrungen in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit oder in anderen auf Kommunikation und Vermittlung angelegten Berufen vermittelt.

(3) Das Masterstudium umfasst ein erziehungswissenschaftlich und fachdidaktisch vorbereitetes Praxissemester in einer dem angestrebten Lehramt entsprechenden Schulform und den Studienfächern. Das Praxissemester soll im zweiten Semester, spätestens im dritten Semester absolviert werden. Es schafft berufsfeldbezogene Grundlagen für die nachfolgenden Studienanteile und den Vorbereitungsdienst. Es wird von den Hochschulen verantwortet und ist in Kooperation mit den Schulen sowie den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung durchzuführen. Die Hochschulen schließen das Praxissemester neben einer Modulabschlussprüfung mit einem Bilanz- und Perspektivgespräch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ab.

(4) Das Assistenzpraktikum an Schulen wird von den Schulen und von den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung verantwortet und begleitet. Es dient einer strukturierten Erstbegegnung mit der Schule als Arbeitsplatz und einer reflektierten Studien- und Berufswahl. Das Praktikum soll mindestens zur Hälfte bereits vor Aufnahme des Studiums geleistet werden; es wird durch die Schulleitung bescheinigt. Die vollständige Ableistung des Assistenzpraktikums ist Voraussetzung für den Zugang zum Vorbereitungsdienst.

(5) Grundsätzlich sind alle öffentlichen Schulen Ausbildungsschulen und tragen zur schulpraktischen Ausbildung bei. Genehmigte Ersatzschulen können mit Zustimmung des Ersatzschulträgers Ausbildungsschulen sein. Die Schulleitungen tragen die Verantwortung für die Ausbildungsbeiträge der Schule; sie können einzelne Lehrkräfte mit der Ausbildung beauftragen. Das für Schulen zuständige Ministerium kann gegenüber den Schulen und den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung landesweite Regelungen zum Assistenzpraktikum und zum Praxissemester treffen, insbesondere zur Bereitstellung von Praktikumsplätzen sowie zu den ausbildungsfachlichen Inhalten und zu den Rechten und Pflichten als Praktikantin oder Praktikant an Schulen.

IV. Sondervorschriften

§ 13 Berufsbegleitender Vorbereitungsdienst

(1) Aus Gründen dringenden Personalbedarfs kann im Ausnahmefall eine berufsbegleitende Ausbildung auf der Grundlage eines Beschäftigtenverhältnisses im Schuldienst durchgeführt werden. Die Ausbildung erfolgt in zwei Fächern; im Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen kann im Rahmen des § 11 Abs. 5 Nr. 3 an die Stelle von zwei Fächern das Fach Kunst oder das Fach Musik treten. Die Dauer der Ausbildung beträgt 24 Monate; sie schließt mit einer Staatsprüfung nach § 7 ab.

(2) Voraussetzungen für den Zugang zur Ausbildung sind

1. ein an einer Hochschule nach § 10 Abs. 2 Satz 1 erworbener Hochschulabschluss nach Regelstudienzeiten von insgesamt mindestens neun Semestern,
2. mindestens zweijährige pädagogische oder fachliche Berufstätigkeit oder eine mindestens zweijährige Betreuung eines minderjährigen Kindes nach Abschluss eines Hochschulstudiums und
3. die Einstellung in den Schuldienst des Landes.

Im Rahmen der Einstellung in den Schuldienst ist festzustellen, ob ein Einsatz in zwei Fächern und eine erfolgreiche Teilnahme an der berufsbegleitenden Ausbildung in zwei Fächern erwartet werden kann; im Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen kann an die Stelle von zwei Fächern das Fach Kunst oder das Fach Musik treten (§ 11 Abs. 5 Nr. 3). Dabei sind insbesondere die erworbenen Hochschulabschlüsse zu berücksichtigen. Als Einstellung im Sinne des Satz 1 Nr. 3 gilt auch ein befristetes Beschäftigtenverhältnis, soweit die unbefristete Weiterbeschäftigung allein vom Bestehen der Staatsprüfung abhängt. Für den Bereich der staatlich genehmigten Ersatzschulen gelten Satz 1 bis Satz 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass das Einvernehmen mit einem Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung herzustellen ist.

(3) Das für Schulen zuständige Ministerium erlässt im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium eine Rechtsverordnung, in der es die besondere Ausgestaltung der berufsbegleitenden Ausbildung sowie den Zugang zu dieser Ausbildung im Einzelnen regelt. Es kann den Zugang an die Herstellung des Benehmens mit einem Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung binden; es kann den Zugang an schulpraktische Erfahrungen binden; es kann die Zulassung zur Staatsprüfung abhängig machen vom Bestehen während der Ausbildung abzulegender besonderer Prüfungen in Erziehungswissenschaft und in einem von zwei Ausbildungsfächern.

§ 14 Anerkennung

(1) Das für Schulen zuständige Ministerium kann eine außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen abgelegte Lehramtsprüfung (Erste Staatsprüfung oder lehramtsspezifische Hochschulabschlussprüfung) hinsichtlich des Zugangs zu einem entsprechenden Vorbereitungsdienst nach § 5 als gleichwertig geeignet anerkennen. Soweit Antragstellerinnen und Antragsteller noch keine dem Praxissemester nach § 12 Abs. 3 entsprechende schulpraktische Ausbildung nachweisen (§ 20 Abs. 6 Satz 2), kann die Anerkennung vom Nachholen schulpraktischer Ausbildungselemente abhängig gemacht werden.

(2) Das Ministerium kann einen anderen für ein Lehramt geeigneten Hochschulabschluss nach einer Regelstudienzeit von mindestens neun Semestern als Lehrbefähigung in einem weiteren Fach (Erweiterung) zu einer bereits erworbenen Lehramtsbefähigung anerkennen. Das Ministerium kann eine geeignete andere Hochschulabschlussprüfung als Unterrichtserlaubnis nach § 16 Abs. 2 anerkennen.

(3) Das Ministerium kann eine außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen erworbene Lehramtsbefähigung als Befähigung zu einem entsprechenden Lehramt im Sinne dieses Gesetzes anerkennen; Lehramtsbefähigungen aus anderen Bundesländern werden in der Regel anerkannt.

(4) Die Anerkennung kann im Einzelfall davon abhängig gemacht werden, dass der anzuerkennende Abschluss den Anforderungen des angestrebten Lehramts entspricht; sie kann mit Einschränkungen ausgesprochen und mit Auflagen sowie Bedingungen versehen werden, weitere Leistungen zu erbringen.

(5) Das Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. Regelungen der Europäischen Gemeinschaft zu Anerkennungen nach Absatz 3 in Landesrecht umzusetzen,

2. die Anerkennungsbefugnis gemäß den Absätzen 1 bis 3 auf die Bezirksregierungen zu übertragen.

§ 15 Mehrere Lehrämter

(1) Wer die in § 10 vorgesehenen Hochschulabschlüsse oder nach früherem Recht Erste Staatsprüfungen für zwei Lehrämter erworben hat, erwirbt die Befähigung zu beiden Lehrämtern durch Ableisten eines Vorbereitungsdienstes und Bestehen einer Staatsprüfung (§ 7). Dies gilt nicht für Bewerberinnen und Bewerber, die bereits einmal wegen mangelnder Eignung aus dem Vorbereitungsdienst für eines dieser Lehrämter oder ein entsprechendes Lehramt entlassen worden sind oder eine Laufbahnprüfung oder Zweite Staatsprüfung für eines dieser Lehrämter oder ein entsprechendes Lehramt endgültig nicht bestanden haben.

(2) Wer eine Lehramtsbefähigung erworben hat, kann die Befähigung zu einem weiteren Lehramt durch Erwerb des in § 10 für dieses Lehramt vorgesehenen Hochschulabschlusses erwerben. Besondere Studiengänge haben nach Maßgabe der Verordnung nach § 9 Abs. 2 eine Regelstudienzeit von mindestens zwei Semestern.

(3) Geeignete Studien- und Prüfungsleistungen aus vorangegangenen Studiengängen werden angerechnet; es ist eine weitere schulpraktische Ausbildung für das angestrebte Lehramt zu leisten, im Regelfall ein Praxissemester. Inhaberinnen und Inhaber einer Lehramtsbefähigung, die in einer dem angestrebten weiteren Lehramt entsprechenden Schulform bereits als Lehrkraft tätig sind, müssen im Rahmen eines berufsbegleitenden Studiums kein weiteres Praxiselement nach § 12 ableisten.

§ 16 Mehrere Lehrbefähigungen (Erweiterungen); Unterrichtserlaubnisse

(1) Lehrbefähigungen für weitere Fächer setzen Studien- und Prüfungsleistungen an einer Hochschule nach § 10 Abs. 2 Satz 1 voraus, die den Anforderungen an Lehramtsbefähigungen nach § 3 und der Verordnung nach § 9 Abs. 2 entsprechen. Der Nachweis wird durch Hochschulabschlüsse nach § 10 erbracht. Hochschulen können daneben im Rahmen des § 11 Abs. 1 eigene Studiengänge entwickeln; das für Schulen zuständige Ministerium kann für diesen Fall Abweichungen von den Anforderungen der Verordnung nach § 9 Abs. 2 in Bezug auf einzelne Fächer gegenüber allen Hochschulen zulassen.

(2) Unabhängig von Lehrbefähigungen und Lehramtsbefähigungen nach diesem Gesetz können Unterrichtserlaubnisse für weitere Fächer durch den erfolgreichen Abschluss anderer Qualifikationsmaßnahmen erworben werden; das Nähere regelt das für Schulen zuständige Ministerium.

§ 17 Lehrerinnen und Lehrer ohne eine Befähigung zu einem Lehramt

Die Vor- und Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die nicht die Befähigung zu einem Lehramt im Sinne dieses Gesetzes besitzen, wird aufgrund des § 15 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes durch Rechtsverordnung der Landesregierung geregelt.

§ 18 Förderliche Berufstätigkeit

Die Landesregierung kann gemäß § 15 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes für das Lehramt an Berufskollegs mit einer beruflichen Fachrichtung bestimmen, dass für eine Unterrichtstätigkeit an die Stelle

1. des Studiums einer beruflichen Fachrichtung gemäß § 11 Abs. 5 Nr. 4 andere für die Fachrichtung gleichwertige Studien,
2. der Studienabschlüsse nach § 10 eine dem Studium entsprechende Prüfung,
3. des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung eine mindestens vierjährige förderliche Berufstätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes treten können.

V. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 19 Früher erworbene Lehrämter

(1) Befähigungen, die zu einem schulform- oder schulstufenbezogenen Lehramt erworben worden sind, bleiben unberührt.

1. Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt für die Primarstufe können an Grundschulen verwendet werden,
2. Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an der Volksschule, zum Lehramt an der Grundschule und Hauptschule oder zum Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und den entsprechenden Jahrgangsstufen der Gesamtschulen können an Grundschulen sowie in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 aller Schulformen verwendet werden,
3. Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an der Realschule, zum Lehramt am Gymnasium oder zum Lehramt für die Sekundarstufe I können in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 aller Schulformen verwendet werden,
4. Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt am Gymnasium, zum Lehramt für die Sekundarstufe II, zum Lehramt an berufsbildenden Schulen, zum Lehramt an der Fachschule oder der Höheren Fachschule können in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 aller Schulformen verwendet werden,
5. Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an Sonderschulen oder zum Lehramt für Sonderpädagogik werden entsprechend § 4 Abs. 1 Satz 2 verwendet.

(2) Wer die Befähigung zu einem schulform- oder schulstufenbezogenen Lehramt erworben hat, kann nach § 15 Abs. 2 eine Befähigung zu einem Lehramt im Sinne dieses Gesetzes erwerben.

(3) In einer Schulform, die teilweise der Sekundarstufe I und teilweise der Sekundarstufe II zuzuordnen ist, werden Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichen Lehramtsbefähigungen vorrangig nach dem Erfordernis der Bildungsziele und einer langfristigen Deckung des fächerspezifischen Unterrichtsbedarfs verwendet.

(4) In Schulen unterschiedlicher Schulformen der Sekundarstufe I oder mit Sekundarstufe I, die gemäß § 83 Schulgesetz NRW organisatorisch zu einer Schule zusammengefasst

sind, werden Lehrerinnen und Lehrer aller Lehramtsbefähigungen vorrangig nach dem Erfordernis einer langfristigen Deckung des fächerspezifischen Unterrichtsbedarfs sowie nach dem Erfordernis der Bildungsziele eingesetzt.

§ 20 Inkrafttreten; Außerkrafttreten; Übergangsregelungen; Berichtspflicht

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 2009 in Kraft. Abweichend davon treten § 3, §§ 14 bis 16 sowie § 19 am 1. Oktober 2010 in Kraft; § 5, § 6, § 7 Abs. 1 und Abs. 2 treten am 1. August 2011 in Kraft. Das Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz – LABG) vom 2. Juli 2002 (GV. NRW. S. 325), zuletzt geändert durch Art. 2 des 2. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 27. Juni 2006 (GV. NRW. S. 278), tritt zum 1. April 2009 außer Kraft. Abweichend davon treten § 2, § 5, §§ 7 bis 17, § 19, § 20 (mit Ausnahme des Abs. 4 Satz 2), § 22 sowie § 28 zum 1. Oktober 2010 außer Kraft; § 3, § 4 und § 18 treten zum 1. August 2011 außer Kraft.

(2) Die Hochschulen können Studiengänge nach diesem Gesetz ab dem Wintersemester 2009/2010 einrichten, sofern Akkreditierungsverfahren vor Aufnahme des Studienbetriebs abgeschlossen sind. Sie stellen ihr Studienangebot spätestens zum und ab dem Wintersemester 2010/2011 auf akkreditierte Studiengänge nach diesem Gesetz um und nehmen keine Studienanfänger in Studiengänge auf, die zu einer Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt führen. Für die Umstellung zum Wintersemester 2010/2011 können nach § 7 Abs. 1 Satz 4 des Hochschulgesetzes im Einvernehmen mit dem für Schule zuständigen Ministerium Ausnahmen von der Verpflichtung zur vorlaufenden Akkreditierung erteilt werden, wenn die Hochschule das Akkreditierungsverfahren bis dahin frühzeitig und ordnungsgemäß betrieben hat. Hochschulen im Modellversuch „Gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung“ (VO-B/M) vom 27. März 2003 (GV. NRW. S. 194), denen eine Umstellung auf akkreditierte Studiengänge nach diesem Gesetz zum Wintersemester 2009/2010 nicht möglich ist, nehmen längstens bis zum Sommersemester 2010 Studierende in Studiengänge nach den Regelungen des Modellversuchs auf.

(3) Hochschulen können über die Zeitpunkte nach Absatz 2 hinaus solche Studierende in Studiengänge nach dem Lehrerausbildungsgesetz vom 2. Juli 2002 aufnehmen, die unter Anrechnung von Leistungen aus einer bereits bestandenen Ersten Staatsprüfung ein weiteres Lehramt anstreben oder mit reduzierten Studienleistungen eine weitere Lehrbefähigung anstreben (§ 11 und § 22 des Lehrerausbildungsgesetzes vom 2. Juli 2002), soweit ein Abschluss der jeweiligen staatlichen Prüfung im Rahmen entsprechender Staatsexamens-Studiengänge an der jeweiligen Hochschule gesichert ist. Ein Lehramtserwerb nach § 11 des Lehrerausbildungsgesetzes vom 2. Juli 2002 setzt voraus, dass mindestens eine der dort genannten Ersten und Zweiten Staatsprüfungen nach dem 30. September 2003 bestanden oder anerkannt wird.

(4) Studierende, die sich am 30. September 2010 in einer Ausbildung nach den Vorschriften des Lehrerausbildungsgesetzes vom 2. Juli 2002 oder nach der Verordnung zur Durchführung des Modellversuchs „Gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung“ (VO-B/M) vom 27. März 2003 (GV. NRW. S. 194) befinden, beenden die Ausbildung nach diesen Vorschriften soweit sie spätestens vier Semester nach Ablauf der Regelstudienzeit die Erste Staatsprüfung oder den Masterabschluss im Modellversuch ablegen. Für Studierende nach dem Lehrerausbildungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1998 (GV. NRW. S.564), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2001

(GV. NRW. S. 882) gelten die Übergangsregelungen in § 30 Abs. 2 des Lehrerausbildungsgesetzes vom 2. Juli 2002 in der Fassung des 2. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 27. Juni.2006 (GV. NRW. S. 278) fort.

(5) Absolventinnen und Absolventen einer Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt werden weiterhin in einen Vorbereitungsdienst für das Lehramt ihrer Ersten Staatsprüfung eingestellt. Sie erwerben ihre Lehramtsbefähigungen unabhängig von Dauer und Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes.

(6) Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, die ihren Vorbereitungsdienst ab dem 1. August 2011 beginnen, leisten einen Vorbereitungsdienst von 18 Monaten Dauer. Soweit sie bereits ein Praxissemester nach § 12 Abs. 3 oder eine entsprechende schulpraktische Ausbildung in einem anderen Bundesland vor Beginn des Vorbereitungsdienstes absolviert haben, wird diese schulpraktische Ausbildung von Amts wegen im Umfang von sechs Monaten auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet. Für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter mit einer Ersten Staatsprüfung wird die Staatsprüfung über den 1. August 2011 hinaus als „Zweite Staatsprüfung“ bezeichnet.

(7) Die besondere Ausbildung an Berufskollegs der agrarwirtschaftlichen Fachrichtung nach § 25 des Lehrerausbildungsgesetzes vom 2. Juli 2002 kann letztmalig bis zum 31. Dezember 2009 begonnen werden. Das Zulassungsgesetz für den Vorbereitungsdienst des höheren agrarwirtschaftlichen Dienstes und des Lehramts für die Sekundarstufe II der agrarwirtschaftlichen Fachrichtung im Land Nordrhein-Westfalen (ZGVAgr) vom 31. März 1987 (GV. NRW. S. 138) tritt zum 1. Januar 2010 außer Kraft.

(8) Das für Schulen zuständige Ministerium überprüft die Wirksamkeit und die Notwendigkeit des Fortbestehens dieses Gesetzes und berichtet darüber dem Landtag spätestens zum 31. Dezember 2012 im Rahmen der Berichte nach § 1 Abs. 3.

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG)

§ 30 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 2008 (GV. NRW. S. 195) erhält folgende Fassung:

(1) Die an der akademischen Phase der Lehrerausbildung beteiligten Hochschulen gewährleisten diese Ausbildungsphase in eigener Verantwortung. Die lehrerbildenden Universitäten richten hierzu Zentren für Lehrerbildung als eigenständige Organisationseinheiten mit Entscheidungs-, Steuerungs- und Ressourcenkompetenz ein, die diese in enger Abstimmung mit den in der Lehrerbildung tätigen Fachbereichen wahrnehmen. Das Zentrum erfüllt unbeschadet der Gesamtverantwortlichkeit der Hochschule und der Zuständigkeiten der zentralen Hochschulorgane und Gremien für sein Gebiet die Aufgaben der Hochschule. Es trägt dazu bei, die Qualität der Lehrerbildung zu sichern. Auf seinem Gebiet betreibt es die interdisziplinäre sowie unterrichtsbezogene Forschung und betreut den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es nimmt darüber hinaus koordinierende und beratende Funktionen wahr. Es arbeitet eng mit den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung zusammen. Das Nähere zu dieser Organisationseinheit, insbesondere zur Mitgliedschaft, zur Abstimmung mit den Fachbereichen und zur Zusammenarbeit mit den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung regelt die Hochschule durch Ordnung, die auch ein Stimmrecht von Vertreterinnen oder Vertretern der Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung in den Gremien des Zentrums für Lehrerbildung vorsehen kann. Die Zusammenarbeit mit den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung regeln Hochschule und Zentren durch Kooperationsvertrag. § 26 Abs. 5 Sätze 2 und 3 gilt für die Organisationseinheit, § 27 Abs. 1 und 4 für ihre Leitung entsprechend. Für die Regelung des Verfahrens zur Vorbereitung gemeinsamer Berufungsvorschläge zur Besetzung einer Professur gilt § 38 Abs. 4 entsprechend.

(2) Zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots vereinbaren die Hochschulen mit dem Ministerium im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen gemäß § 6 Abs. 1 mittelbar und unmittelbar der Lehrerbildung dienende Studienkapazitäten einschließlich der Organisation des Praxissemesters.

(3) Die Hochschulen können innerhalb der Regelungen des Lehrerausbildungsgesetzes Vorgaben für die Fächerkombinationen durch Ordnung regeln.

Artikel 3

Verordnung über den Zugang zum nordrhein-westfälischen Vorbereitungsdienst für Lehrämter an Schulen und Voraussetzungen bundesweiter Mobilität (Lehramts-Zugangsverordnung - LZV)

Aufgrund des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG) vom ... 2008 (GV. NRW. S. ...) wird im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Finanzministerium und dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie nach Information des für Schulen zuständigen Landtagsausschusses und des für Wissenschaft zuständigen Landtagsausschusses verordnet:

§ 1 Zugang zum Vorbereitungsdienst

(1) Für den Zugang zum Vorbereitungsdienst nach § 9 des Lehrerausbildungsgesetzes vom ... 2008 wird in fachlicher Hinsicht der Erwerb der nach § 10 des Lehrerausbildungsgesetzes für das jeweilige Lehramt vorgesehenen Hochschulabschlüsse vorausgesetzt. Der Erwerb muss den Anforderungen des Lehrerausbildungsgesetzes sowie dieser Verordnung entsprechen. Der Nachweis wird in der Regel durch eine vorlaufende Akkreditierung der absolvierten Studiengänge nach § 11 des Lehrerausbildungsgesetzes erbracht. Neben den Hochschulabschlüssen nach Satz 1 ist ein Assistenzpraktikum nach § 9 nachzuweisen; für das Lehramt an Berufskollegs zusätzlich eine fachpraktische Tätigkeit nach § 5 Abs. 6.

(2) Das Studium von Lernbereichen, Unterrichtsfächern und beruflichen Fachrichtungen enthält jeweils im Umfang von 15 Leistungspunkten fachdidaktische Leistungen; dies gilt nicht für berufliche Fachrichtungen, die lediglich mit 60 Leistungspunkten zu studieren sind.

(3) Die zu erwerbenden fachwissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen Kompetenzen richten sich nach den jeweiligen Vereinbarungen unter den Ländern.

(4) Soweit Fächer (Lernbereiche, Unterrichtsfächer, berufliche Fachrichtungen und sonderpädagogische Fachrichtungen) den einzelnen Lehrämtern zugeordnet werden, können Fächer anderer Lehrämter und nicht in dieser Verordnung genannte Fächer sowie Fächerkombinationen in begründeten Ausnahmefällen durch das für Schulen zuständige Ministerium oder die von ihm bestimmte Stelle zugelassen werden.

(5) Angaben von Leistungspunkten (LP) richten sich nach den Kriterien des European Credit Transfer System.

§ 2 Lehramt an Grundschulen

(1) Dem Studium für das Lehramt an Grundschulen sind insgesamt 300 Leistungspunkte (LP) zugeordnet, die sich wie folgt verteilen:

Lernbereich I, Sprachliche Grundbildung	55 LP
Lernbereich II, Mathematische Grundbildung	55 LP
Lernbereich III oder Fachwissenschaft und Fachdidaktik eines Unterrichtsfaches	55 LP
Erziehungswissenschaft / Grundschulpädagogik einschließlich - Praxiselemente nach § 7 - Konzepte frühen Lernens und Konzepte vorschulischer Erziehung und Bildung - Sonderpädagogik Sowie: - Diagnose und Förderung (neben Anteilen im Rahmen der Fachdidaktik) - Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens 6 LP)	82 LP
Praxissemester nach § 8	30 LP
Bachelor- und Masterarbeit	23 LP

(2) Als Lernbereich III sind zugelassen der Lernbereich Natur- und Gesellschaftswissenschaften (Sachunterricht) oder der Lernbereich Ästhetische Erziehung; im Rahmen dieser Lernbereiche ist ein Fach nach § 3 Abs. 2 als Leitfach auszuweisen. Als Unterrichtsfach sind folgende Fächer zugelassen: Englisch, Kunst, Musik, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre und Sport. An Stelle eines dritten Lernbereichs oder eines Unterrichtsfachs kann auch das vertiefte Studium von Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte treten.

(3) Das außerschulische Praktikum nach § 7 Abs. 2 ist in Einrichtungen des Elementarbereichs zu leisten. Die Masterarbeit hat einen Schwerpunkt im Bereich der Erziehungswissenschaft oder der Fachdidaktik und soll einen thematischen Bezug zum Praxissemester nach § 8 haben.

§ 3 Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen

(1) Dem Studium für das Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen sind insgesamt 300 Leistungspunkte (LP) zugeordnet, die sich wie folgt verteilen:

Fachwissenschaft und Fachdidaktik des ersten Faches	100 LP
Fachwissenschaft und Fachdidaktik des zweiten Faches	60 LP
Erziehungswissenschaft / Entwicklung und Sozialisation im Jugendalter einschließlich - Praxiselemente nach § 7 - Sonderpädagogik Sowie: - Diagnose und Förderung (neben Anteilen im Rahmen der Fachdidaktik) - Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens 6 LP) - Wahlbereich zur Profilierung (etwa Arbeitslehre und Berufswahl)	87 LP
Praxissemester nach § 8	30 LP
Bachelor- und Masterarbeit	23 LP

(2) Als Fächer sind zugelassen: Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Französisch, Geographie, Geschichte, Hauswirtschaft, Informatik, Kunst, Mathematik, Musik, Niederländisch, Praktische Philosophie, Physik, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, Russisch, Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft), Spanisch, Sport, Technik, Textilgestaltung und Türkisch. Als eines der beiden Fächer ist Deutsch, Mathematik, Englisch, Biologie, Chemie oder Physik zu wählen.

(3) Das außerschulische Praktikum nach § 7 Abs. 2 ist in sozialpädagogischen Einrichtungen oder in der beruflichen Bildung zu leisten. Die Masterarbeit hat einen Schwerpunkt im Bereich der Erziehungswissenschaft oder der Fachdidaktik und soll einen thematischen Bezug zum Praxissemester nach § 8 haben.

§ 4 Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen

(1) Dem Studium für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen sind insgesamt 300 Leistungspunkte (LP) zugeordnet, die sich wie folgt verteilen:

Fachwissenschaft und Fachdidaktik des ersten Faches	100 LP
Fachwissenschaft und Fachdidaktik des zweiten Faches	100 LP
Erziehungswissenschaft / Methoden wissenschaftlichen Arbeitens einschließlich - Praxiselemente nach § 7 Sowie: - Diagnose und Förderung (neben Anteilen im Rahmen der Fachdidaktik) - Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens 6 LP)	47 LP
Praxissemester nach § 8	30 LP
Bachelor- und Masterarbeit	23 LP

(2) Als Fächer sind zugelassen: Biologie, Chemie, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Geographie, Geschichte, Griechisch, Informatik, Italienisch, Kunst, Latein, Mathematik, Musik, Niederländisch, Pädagogik, Philosophie/Praktische Philosophie, Physik, Psychologie, Rechtswissenschaft, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, Russisch, Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft), Spanisch, Sport, Technik, Türkisch. Als eines der beiden Fächer ist Deutsch, Mathematik, Englisch, Latein, Französisch, Spanisch, Biologie, Chemie, Physik oder Geschichte zu wählen. Ein Kernfach nach Satz 2 kann durch ein anderes Fach nach Satz 1 ersetzt werden, wenn dieses Fach im Rahmen eines bilingualen Studiengangs studiert wurde, der Absolventinnen und Absolventen befähigt, in ihrem Fach auf der sprachlichen Kompetenzstufe C1 (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen des Europarates „Lernen, lehren, beurteilen“) zu arbeiten. An Stelle von zwei Unterrichtsfächern kann auch nur das Unterrichtsfach Kunst oder nur das Unterrichtsfach Musik treten (jeweils 200 Leistungspunkte). Eines der Unterrichtsfächer nach Satz 2 kann statt eines zweiten Unterrichtsfachs mit einer der folgenden sonderpädagogischen Fachrichtungen verbunden werden: Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, Förderschwerpunkt Sehen.

§ 5 Lehramt an Berufskollegs

(1) Dem Studium für das Lehramt an Berufskollegs sind insgesamt 300 Leistungspunkte (LP) zugeordnet, die folgende Mindestanforderungen berücksichtigen:

1.	Fachwissenschaft und Fachdidaktik des ersten Faches (berufliche Fachrichtung nach Absatz 2)	100 LP
	Fachwissenschaft und Fachdidaktik des zweiten Faches (berufliche Fachrichtung nach Absatz 2 oder Unterrichtsfach nach Absatz 4)	100 LP

Erziehungswissenschaft / Berufspädagogik einschließlich - Praxiselemente nach § 7 Sowie: - Diagnose und Förderung (neben Anteilen im Rahmen der Fachdidaktik) - Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens 6 LP) - Berufspädagogik	47 LP
Praxissemester nach § 8	30 LP
Bachelor- und Masterarbeit	23 LP

2. Fachwissenschaft und Fachdidaktik des ersten Faches (Große berufliche Fachrichtung nach Absatz 3)	140 LP
Fachwissenschaft und Fachdidaktik des zweiten Faches (Kleine berufliche Fachrichtung nach Absatz 3)	60 LP
Erziehungswissenschaft / Berufspädagogik einschließlich - Praxiselemente nach § 7 Sowie: - Diagnose und Förderung (neben Anteilen im Rahmen der Fachdidaktik) - Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens 6 LP) - Berufspädagogik	47 LP
Praxissemester nach § 8	30 LP
Bachelor- und Masterarbeit	23 LP

(2) Als berufliche Fachrichtung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 sind zugelassen: Agrarwissenschaft, Bautechnik, Biotechnik, Chemietechnik, Drucktechnik, Elektrotechnik, Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft, Fahrzeugtechnik, Farbtechnik/Raumgestaltung/Oberflächentechnik, Mediendesign und Designtechnik, Gesundheitswissenschaft/Pflege, Lebensmitteltechnik, Maschinenbautechnik, Sozialpädagogik, Informationstechnik, Textiltechnik, Wirtschaftswissenschaft.

(3) Als Große berufliche Fachrichtung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 sind in Verbindung mit den zugeordneten Kleinen beruflichen Fachrichtungen zugelassen:

Große berufliche Fachrichtung (140 LP einschließlich 15 LP Fachdidaktik)	Kleine berufliche Fachrichtung (60 LP; können bis zu 15 LP Fachdidaktik einschließen)
Agrarwissenschaft mit	Gartenbau, Garten- und Landschaftsbau, Pflanzenbau, Tierhaltung, Lebensmitteltechnik, Natur- und Umweltschutz, Wirtschaftsinformatik
Bautechnik mit	Hochbautechnik, Tiefbautechnik, Holzbautechnik, Vermessungstechnik, Versorgungstechnik, Technische Informatik
Elektrotechnik mit	Energietechnik, Nachrichtentechnik, Technische Informatik
Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft mit	Lebensmitteltechnik, Gastronomie, Wirtschaftsinformatik
Maschinenbautechnik mit	Fahrzeugtechnik, Fertigungstechnik, Versorgungstechnik, Technische Informatik
Wirtschaftswissenschaft mit	Wirtschaftsinformatik oder Sektorales Management (mit den Profilen: Verwaltung und Rechtswesen; Medien; Gesundheitsökonomie; Freizeitökonomie, Tourismus und Gastronomie) oder Produktion, Logistik, Absatz (mit den Profilen: Produktionswirtschaft; Verkehr und Logistik; Marketing/Handel) oder Finanz- und Rechnungswesen (mit den Profilen: Steuerung und Dokumentation; Finanzdienstleistungen; Steuern).

(4) Als Unterrichtsfach nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 sind zugelassen: Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Französisch, Informatik, Kunst, Mathematik, Musik, Niederländisch, Pädagogik (nicht mit der Fachrichtung Sozialpädagogik), Physik, Politik (nur in Verbindung mit der Großen beruflichen Fachrichtung Wirtschaftswissenschaft), Psychologie, Rechtswissenschaft, Russisch, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, Spanisch, Sport, Türkisch und Wirtschaftslehre/ Politik (nicht in Verbindung mit der beruflichen Fachrichtung Wirtschaftswissenschaft).

(5) Eine Fachrichtung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 kann mit einer sonderpädagogischen Fachrichtung nach § 6 Abs. 3 mit Ausnahme des Förderschwerpunkts Geistige Entwicklung verbunden werden.

(6) Es ist eine einschlägige fachpraktische Tätigkeit von zwölf Monaten Dauer nachzuweisen. Der überwiegende Teil der fachpraktischen Tätigkeit soll vor Abschluss des Studiums geleistet werden. Das für Schulen zuständige Ministerium erlässt die näheren Bestimmungen.

§ 6 Lehramt für sonderpädagogische Förderung

(1) Dem Studium für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung sind insgesamt 300 Leistungspunkte (LP) zugeordnet, die sich wie folgt verteilen:

Fachwissenschaft und Fachdidaktik des ersten Faches	55 LP
Fachwissenschaft und Fachdidaktik des zweiten Faches	55 LP
Erziehungswissenschaft einschließlich - Praxiselemente nach § 7 Sowie: - Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens 6 LP)	32 LP
Erste sonderpädagogische Fachrichtung - Diagnose, Förderung, Prävention	50 LP
Zweite sonderpädagogische Fachrichtung - Diagnose, Förderung, Prävention	55 LP
Praxissemester nach § 8	30 LP
Bachelor- und Masterarbeit	23 LP

(2) Für den Zugang zum Master-Studiengang mit der Fachrichtung Hören und Kommunikation oder mit der Fachrichtung Sehen sind fundierte Kompetenzen in Bezug auf behinderungsspezifische Kommunikationsmittel und –formen nachzuweisen (z.B. Deutsche Gebärdensprache; Braille-Schrift).

(3) Die beiden Fächer können aus den in § 2 genannten Unterrichtsfächern und Lernbereichen sowie aus den Unterrichtsfächern Biologie, Chemie, Deutsch, Französisch, Informatik, Mathematik, Physik und Technik gewählt werden. Eines der beiden Fächer ist das Unterrichtsfach Deutsch oder das Unterrichtsfach Mathematik oder der Lernbereich Sprachliche Grundbildung oder der Lernbereich Mathematische Grundbildung. Die erste sonderpädagogische Fachrichtung ist der Förderschwerpunkt Lernen oder der Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung. Als zweite sonderpädagogische Fachrichtung sind der jeweils andere Förderschwerpunkt oder der Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung, der Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation, der Förderschwerpunkt Körperliche

und motorische Entwicklung, der Förderschwerpunkt Sehen oder der Förderschwerpunkt Sprache zugelassen.

§ 7 Orientierungspraktikum und außerschulisches Praktikum

(1) Die Absolventinnen und Absolventen des Orientierungspraktikums (§ 12 Abs. 2 Lehrerausbildungsgesetz) verfügen über die Fähigkeit,

1. die Komplexität des schulischen Handlungsfelds aus einer professions-, lerner- und systemorientierten Perspektive zu erkunden,
2. erste Beziehungen zwischen erziehungswissenschaftliche Theorieansätzen und konkreten pädagogischen Situationen herzustellen,
3. einzelne pädagogische Handlungssituationen mit zu gestalten und
4. Aufbau und Ausgestaltung von Studium und eigener professioneller Entwicklung reflektiert mit zu gestalten.

(2) Die Absolventinnen und Absolventen des außerschulischen Praktikums (§ 12 Abs. 2 Lehrerausbildungsgesetz) verfügen über die Fähigkeit,

1. die Perspektive auf schulisches Lernen und Lehren und die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler durch Einblick und handelnde Auseinandersetzung in außerschulischen pädagogischen Arbeitsfeldern systematisch zu erweitern,
2. die Institution Schule aus einer externen, systemischen Sicht zu begreifen und einzuordnen und
3. die Berufswahlentscheidung vor dem Hintergrund der Erfahrung in anderen pädagogischen Arbeitsfeldern noch einmal zu reflektieren.

Nachgewiesene Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit sowie fachpraktische Tätigkeiten nach § 5 Abs. 6 können nach Anrechnung durch die Hochschule an die Stelle des außerschulischen Praktikums treten.

§ 8 Praxissemester

(1) Die Absolventinnen und Absolventen des Praxissemesters (§ 12 Abs. 3 Lehrerausbildungsgesetz) verfügen über die Fähigkeit,

1. grundlegende Elemente schulischen Lehrens und Lernens auf der Basis von Fachwissenschaft und Fachdidaktik zu planen, durchzuführen und zu reflektieren,
2. Konzepte und Verfahren von Leistungsbeurteilung, pädagogischer Diagnostik und individueller Förderung anzuwenden und zu reflektieren,
3. den Erziehungsauftrag der Schule wahrzunehmen und sich an der Umsetzung zu beteiligen,
4. aus den Erfahrungen der Praxis Fragestellungen an die Theorie zu entwickeln und das Studium professionsbezogen zu gestalten und
5. ein eigenes professionelles Selbstkonzept zu entwickeln.

(2) Absolventinnen und Absolventen weisen nach, dass sie im Rahmen des Masterstudiums bezogen auf ein Schulhalbjahr in einer dem angestrebten Lehramt entsprechenden Schulform und den Studienfächern kontinuierlich mindestens 450 Zeit-Stunden Ausbildungszeit im Bereich des Lernorts Schule absolviert haben.

§ 9 Assistenzpraktikum

(1) Die Absolventinnen und Absolventen des Assistenzpraktikums (§ 12 Abs. 4 Lehrerausbildungsgesetz) verfügen über die Fähigkeit,

1. die Situation der Schülerinnen und Schüler als individuelle Lerner wahrzunehmen und zu reflektieren,
2. die Rolle der Lehrenden wahrzunehmen und zu reflektieren,
3. die Schule als Organisation und Arbeitsplatz wahrzunehmen und zu reflektieren,
4. erste eigene Handlungsmöglichkeiten im pädagogischen Feld zu erproben und auf dem Hintergrund der gemachten Erfahrung die Studien- und Berufswahl zu reflektieren.

(2) Für das Assistenzpraktikum sind alle Schulen zugelassen mit Ausnahme von Schulen, die die Praktikantin oder der Praktikant als Schülerin oder Schüler besucht hat. Das Assistenzpraktikum hat einen Umfang von insgesamt 50 Praktikumstagen. Es soll in der Regel im Umfang von 20 Praktikumstagen (vier Wochen) zeitlich zusammenhängend vor Aufnahme des Bachelor-Studiums geleistet werden. Das Praktikum und die Teilnahme an einer begleitenden Beratung zur Berufswahl werden durch Bescheinigungen von Schulleitungen nachgewiesen, die Teil des Portfolios nach § 13 sind.

§ 10 Übergreifende Kompetenzen

Absolventinnen und Absolventen aller Lehrämter und aller Fächer weisen folgende übergreifende Kompetenzen nach:

1. Kompetenzen zum fachspezifischen Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken sowie pädagogische Medienkompetenz,
2. Grundkompetenzen in didaktischen Aspekten einer reflektierten Koedukation,
3. Grundkompetenzen in der Förderung Schülerinnen und Schülern in Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte im Zusammenhang interkultureller Bildung und
4. Grundkompetenzen in Organisation und Verfahren der Qualitätssicherung, die für Teilnahme und gestaltende Mitwirkung bei der Schulentwicklung erforderlich sind.

§ 11 Nachweis fremdsprachlicher Kenntnisse

(1) Es sind Kenntnisse in zwei Fremdsprachen nachzuweisen, in der Regel durch die Hochschulzugangsberechtigung. Wer eine andere Sprache als Deutsch als Erstsprache erlernt und seine Hochschulzugangsberechtigung in deutscher Sprache erworben hat, hat lediglich Kenntnisse in einer weiteren Sprache nachzuweisen.

(2) Die erforderlichen fachwissenschaftlichen Kompetenzen für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen beruhen in bestimmten Fächern auf weiter gehenden Sprachkenntnissen entsprechend der Verordnung über die Bildungsgänge und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe:

1. in den Fächern Englisch, Französisch, Geschichte, Italienisch, Katholische Religionslehre und Spanisch auf Kenntnissen in Latein (Latinum),
2. im Fach Philosophie/Praktische Philosophie auf Kenntnissen in Latein oder Griechisch (Latinum oder Graecum),

3. in den Fächern Latein und Griechisch auf Kenntnissen in Latein und Griechisch (Latinum und Graecum)
4. im Fach Evangelische Religionslehre auf Kenntnissen in Griechisch (Graecum) sowie auf Kenntnissen in Latein oder Hebräisch (Latinum oder Hebraicum).

Für das Fach Katholische Religionslehre sind Kenntnisse in Griechisch und Hebräisch erwünscht.

§ 12 Zeugnisse, Noten

(1) Das Zeugnis über den Master-Abschluss weist neben der Bezeichnung „Master of Education“ auch den Bezug auf eines der Lehrämter nach § 2 bis § 6 aus. Beim Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen ist gegebenenfalls das nach § 11 Abs. 5 Nr. 2 des Lehrerausbildungsgesetzes gewählte Profil anzugeben. Zeugnisse sind jeweils auf den Tag der letzten Prüfungsleistung datiert.

(2) Das Zeugnis enthält neben einer Gesamtnote auch Noten für die einzelnen Fächer, die Erziehungswissenschaft, die Master-Arbeit sowie fachpraktische Prüfungen nach § 11 Abs. 7 des Lehrerausbildungsgesetzes. Alle Teilbereiche nach Satz 1 sind mit mindestens ausreichend (4,0) bewertet.

(3) Einzelne Prüfungsleistungen sind mit folgenden Noten ausgewiesen:

- | | | |
|---|----------------|--|
| 1 | = sehr gut | = eine ausgezeichnete Leistung |
| 2 | = gut | = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt |
| 3 | = befriedigend | = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht |
| 4 | = ausreichend | = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt |
| 5 | = mangelhaft | = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |

Soweit eine Gesamtnote aus verschiedenen Noten gebildet wurde, errechnet sich die Gesamtnote aus dem arithmetischen Mittel der einzelnen Noten, die nach den jeweils zu Grunde liegenden Leistungspunkten gewichtet sind. Dabei sind mindestens zwei Dezimalstellen ausgewiesen. Notenwerte mit der Dezimalstelle 5 werden abgerundet, Notenwerte über 4,0 entsprechen der Note mangelhaft.

(4) Das Zeugnis über den Bachelor-Abschluss enthält Notenwerte nach Absatz 3 Satz 1.

§ 13 Portfolio

Durch das „Portfolio Praxiselemente“ dokumentieren Absolventinnen und Absolventen den systematischen Aufbau berufsbezogener Kompetenzen in den einzelnen Praxiselementen der Ausbildung. Den förmlichen Nachweis des erfolgreichen Abschlusses der einzelnen Ausbildungsabschnitte führen sie davon unabhängig allein durch die im Lehrerausbildungsgesetz jeweils vorgesehenen Nachweise. Die Form des Portfolios wird durch das für Schulen zuständige Ministerium durch Regelungen nach § 12 Abs. 5 Satz 3 des Lehrerausbildungsgesetzes allgemein vorgegeben. Das Portfolio wird in der Regel ab Beginn des Assistenzpraktikums bis zum Ende der Ausbildung geführt. Es dokumentiert die Ausbildung als zusammenhängenden berufsbiographischen Prozess.

§ 14 Inkrafttreten; Außerkrafttreten; Berichtspflicht

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Das für Schulen zuständige Ministerium berichtet über die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit des Fortbestehens der Regelung spätestens zum 31. Dezember 2012 im Rahmen der Berichterstattung zur Wirksamkeit des Lehrerausbildungsgesetzes.

(2) Die Ordnung der Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen (Lehramtsprüfungsordnung – LPO) vom 27. März 2003 (GV. NRW. S. 182), zuletzt geändert durch Art. 2 des 2. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 27.6.2006 (GV. NRW. S. 278), tritt zum 30. September 2010 außer Kraft. Sie gilt im Rahmen der Übergangsregelungen in § 20 Abs. 1 bis Abs. 4 des Lehrerausbildungsgesetzes vom ... 2008 (GV. NRW. S. ...) auslaufend fort.

ENTWURF

Artikel 4

Übergangsregelungen zum berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst

1. Das Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz – LABG) vom 2. Juli 2002 (GV. NRW. S. 325), zuletzt geändert durch Art. 2 des 2. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 27. Juni 2006 (GV. NRW. S. 278) wird wie folgt geändert:
 - a) Dem § 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Daneben kann der Vorbereitungsdienst letztmalig beginnend am 1. Februar 2011 auch berufsbegleitend auf der Grundlage eines bestehenden Angestelltenverhältnisses in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis durchgeführt werden.“
 - b) Dem § 18 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„Absatz 3 gilt entsprechend für den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst gemäß § 3 Abs. 4.“
2. Die Ordnung des berufsbegleitenden Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen (OVP-B) vom 24. Juli 2003 (GV. NRW. S. 438) findet in diesem Rahmen weiter Anwendung.
3. Diese Regelungen treten am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Artikel 5

Rückkehr zum Verordnungsrang

Die durch dieses Gesetz erlassene Rechtsverordnung (Art. 3) sowie die in Art. 4 genannte Rechtsverordnung können auf Grund der einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert oder aufgehoben werden.

BEGRÜNDUNG

Zu Artikel I - Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz – LABG)

A. Allgemeiner Teil

Ziel des Gesetzes zur Reform der Lehrerausbildung ist es,

- den Berufsfeld- und Praxisbezug zu intensivieren,
- die fachliche wie pädagogische Profilierung der künftigen Lehrkräfte zu stärken,
- die Verantwortlichkeiten für Studium und Vorbereitungsdienst und deren Profilbildung und Qualitätssteigerung klar zu regeln und damit
- die Qualität der Lehrerausbildung im Sinne der Ziele des neuen Schulgesetzes nachhaltig zu verbessern.

Der Entwurf der Landesregierung orientiert sich an den Vorschlägen der Expertenkommission zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern unter Vorsitz von Professor Dr. Jürgen Baumert und dem hierauf basierenden Eckpunktebeschluss der Landesregierung vom 11. September 2007 „Die neue Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen. Grundsätze und Grundlagen“.

Die neue Lehrerausbildung setzt auf eine Stärkung der Verantwortung der wissenschaftlichen Hochschulen und entspricht damit der Zielsetzung des Hochschulfreiheitsgesetzes. Die Hochschulausbildung der angehenden Lehrkräfte erfolgt konsekutiv in Bachelor-/Masterstudiengängen. Sie orientiert sich damit am Bologna-Prozess.

Die Ausbildung für alle Lehrämter ist gleich lang. Sie dauert sechs Jahre und besteht aus einem dreijährigen Bachelor- und einem zweijährigen Master-Studiengang, in den ein Praxissemester integriert ist, und an den ein zwölfmonatiger Vorbereitungsdienst anschließt. Die gleich lange Ausbildung folgt den Empfehlungen der Expertenkommission, die für die verschiedenen Lehrämter zwar unterschiedliche Kompetenzprofile, aber ein gleichwertiges Anspruchsniveau feststellt.

Die Kompetenzprofile der Lehrämter entsprechen den Leitgedanken der Schulreform in Nordrhein-Westfalen, die die Tätigkeitsanforderungen für die einzelnen Schulformen stärker berücksichtigt, den Leistungsgedanken wieder in den Mittelpunkt rückt, die sozialen Kompetenzen stärkt und dem Leitbild der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler verpflichtet ist.

Der Vorbereitungsdienst wird gestrafft, modernisiert, in wesentlichen Teilen curricular neu gestaltet und in seinem letzten Abschnitt durch Elemente einer Berufseingangsphase er-

gänzt. Die bisherigen Studienseminare werden zu Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung.

Die neue Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen setzt insgesamt auf größere Praxisnähe und reflektierte Praxisorientierung.

Das Studium schließt mit der Masterprüfung ab. Der Vorbereitungsdienst endet mit einer Staatsprüfung. Im Sinne des Hochschulfreiheitsgesetzes erfolgt keine inputorientierte staatliche Detailsteuerung des Studiums. An deren Stelle tritt die Akkreditierung als outputorientierte Qualitätssicherungs- und -entwicklungsmaßnahme. Studienstrukturell, fachlich und pädagogisch sind neben den notwendigen landesspezifischen Regelungen des Staates die ländergemeinsamen Standards für die bundesweite Anerkennung zu beachten. Die Beachtung der Akkreditierungsvorgaben wird dadurch gesichert, dass die Akkreditierungsentscheidungen an die Mitwirkung und (in Master-Studiengängen) überdies an die Zustimmung eines Vertreters der Schulseite gebunden sind.

Aufbau und Zielrichtung des neuen Lehrerausbildungsgesetzes (**Art. 1**) werden grundlegend umgestellt. Das Gesetz nimmt das Studium nunmehr unter zwei Gesichtspunkten in den Blick:

1. das Land definiert Zugangsbedingungen für den Vorbereitungsdienst, die die einzelnen Absolventinnen und Absolventen nachzuweisen haben: im Lehrerausbildungsgesetz und in der Verordnung nach dessen § 9 Abs. 2 (Art. 3 des Gesetzes zur Reform der Lehrerausbildung),
2. das Land definiert strukturelle Anforderungen an Studiengänge unter dem Gesichtspunkt ihrer Akkreditierung (§ 11 des Lehrerausbildungsgesetzes).

Damit wird ein Wechsel von behördlicher, fachaufsichtlicher Steuerung zu den neuen Steuerungsinstrumenten vollzogen. Das für Schulen zuständige Ministerium wird in Verfahren der Akkreditierung und bei den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen durch eine Einvernehmensregelung mit dem für Hochschulen zuständigen Ministerium hinsichtlich landesweiter Studienkapazitäten beteiligt (§ 1 Abs. 2, § 11 des Lehrerausbildungsgesetzes). Das ermöglicht es einerseits, die gesetzlich festgelegten schulpolitischen Ziele zu erreichen, und entspricht andererseits dem Geist des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31. Oktober 2006.

Art. 2 des Gesetzes enthält notwendige Anpassungen in § 30 des Hochschulgesetzes, insbesondere zur Stärkung der Zentren für Lehrerbildung.

Art. 3 des Gesetzes enthält Anforderungen an den Zugang zum Vorbereitungsdienst. Diese haben Bürgerinnen und Bürger zum Adressaten und beschränken deren Berufszugang; sie bedürfen daher der Form des Gesetzes oder der Verordnung.

B. Besonderer Teil

Zu § 1 - Weiterentwicklung der Lehrerausbildung

§ 1 dient der Gewährleistung der von Art. 15 Satz 2 der Landesverfassung geschützten schulischen Interessen (Abs. 1). Er knüpft darüber hinaus an § 6 Abs. 1 Satz 3 des Hochschulgesetzes vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474) an und berücksichtigt die mit diesem Gesetz erreichte rechtliche Selbstständigkeit der Hochschulen; Akkreditierungen und Zielvereinbarungen erhalten zentrale Funktionen (Abs. 2). Die Lehrerausbildung wird in den Kontext der neuen Erkenntnisse zu Schule und Schulentwicklung gestellt, wie sie auch im nordrhein-westfälischen Schulgesetz zum Ausdruck kommen. Die grundlegende Reform der Ausbildung in beiden Phasen (Studium und Vorbereitungsdienst) und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Beteiligten verlangen eine regelmäßige Überprüfung der Zielerreichung (Abs. 4).

Zu § 2 - Ziel der Ausbildung

§ 2 enthält den programmatischen Auftrag der Lehrerausbildenden Institutionen. Er nimmt Regelungen aus § 1, § 2 Abs. 6 und § 27 des LABG 2002 auf. Die Heraushebung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern und des Umgangs mit Verschiedenheit unterstützt die Ziele des aktuellen Schulrechts (§§ 1 f. des Schulgesetzes). Im Rahmen der Lehrerfortbildung wird die Bedeutung des Berufseingangs betont; dieser ermöglicht – gemeinsam mit einem in größerer Eigenverantwortlichkeit der Auszubildenden gestalteten Vorbereitungsdienst – ein organisches Hineinwachsen in den Lehrerberuf.

Zu § 3 - Lehramtsbefähigungen

Ausgehend vom Katalog der Lehramtsbefähigungen (d.h. Laufbahnen im Schuldienst) in § 5 des LABG 2002 werden die Lehrämter stärker nach den Tätigkeitsmerkmalen in den einzelnen Schulformen profiliert: es gibt ein gesondertes Lehramt für den Bereich der Grundschulen und ein gesondertes Lehramt für den Bereich der Haupt-, Real – und Gesamtschulen.

Zu § 4 - Verwendung

Lehrerinnen und Lehrer stehen in der Regel im Beamtenverhältnis (§ 57 Abs. 5 Satz 2 Schulgesetz). Ihr Einsatz richtet sich – entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Beamtenrechts - in der Regel nach den durch Ausbildung erworbenen Befähigungen, die sich ihrerseits auf Schulformen bezieht.

Abs. 1 Satz 2 trägt dem schulformübergreifenden Charakter sonderpädagogischer Förderung Rechnung; Satz 2 der gewachsenen Bedeutung der gymnasialen Oberstufe an den Berufskollegs. Satz 4 dient der Klarstellung im Zusammenhang mit der Vereinfachung der Lehramtsbezeichnung, die nunmehr von einem expliziten Bezug auf bestimmte Jahrgangsstufen absieht.

Zu § 5 - Vorbereitungsdienst

Der Vorbereitungsdienst wird im Zuge der stärkeren Praxisorientierung des Studiums verkürzt. Die Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung treten an die Stelle der bisherigen Studienseminare. Die Aufgaben der Einrichtungen ändern sich verstärkt ab 2011 mit einer

fachlichen Neu-Konzeption und ersten Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf 18 Monate (§ 20 Abs. 6). Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern trägt deren Ausbildungsstand nach einem stärker praxisorientierten Studium Rechnung. Sie zielt wie die Übertragung selbstständigen Unterrichts auf ein organisches Hineinwachsen in die vollen Aufgaben des Lehrerberufs.

Zu § 6 - Zulassungsbeschränkungen

Die Regelung nimmt im Wesentlichen den Regelungsgehalt des § 4 LABG 2002 auf. Sie betrifft Voraussetzungen und Verfahren sog. „Nc-Verfahren“ zur Beschränkung von Einstellungen in den Vorbereitungsdienst aus Gründen beschränkter Ausbildungskapazitäten. § 6 trägt dem Umstand Rechnung, dass das Land weiterhin alleiniger Anbieter einer Ausbildung ist, die lehramtsspezifische Studienabschlüsse voraussetzt, und deren Abschluss im Regelfall notwendige Voraussetzung für die Wahl des Lehrerberufs ist. Die Ausgestaltung des Verfahrens orientiert sich an Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Gewichtung der Studienabschlüsse in Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 berücksichtigt den engeren Lehramtsbezug der Master-Studiengänge.

Zu § 7 - Staatsprüfung

§ 7 bildet die verfassungsrechtlich notwendige Grundlage für eine Prüfung, von deren Bestehen der Zugang zu einem reglementierten Beruf und einer beamtenrechtlichen Laufbahn abhängt. Das Prüfungsverfahren ist im Einzelnen zumindest auf der Ebene des Verordnungsrechts zu regeln (Abs. 3 Satz 2 Nr. 3). Die Verordnung dient auch der Chancengleichheit bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst (Abs. 3 Satz 2 Nr. 1).

Die Verordnungsermächtigung in Abs. 3 entspricht im Wesentlichen dem § 18 Abs. 3 des LABG 2002. Sie integriert die Ermächtigung aus § 4 Abs. 8 des LABG 2002 (Abs. 3 Satz 2 Nr. 1) und macht so eine bisher gesonderte Verordnung entbehrlich. Das dient sowohl der Kürzung als auch der Klarheit der Normen.

Zu § 8 - Prüfungsamt

Die Vorschrift geht von den Regelungen in § 12 des LABG 2002 aus. Sie gilt sowohl für „neue“ Staatsprüfungen nach § 7 des Lehrerausbildungsgesetzes als auch für die mittelfristig noch auslaufend abzulegenden Ersten und Zweiten Staatsprüfungen.

Zu § 9 - Zugang zum Vorbereitungsdienst

Absatz 1

Die Regelung bezeichnet den Übergang von der akademischen zur staatlich verantworteten Ausbildung. Sie verweist auch auf die über das Studium hinaus gehenden Zugangsvoraussetzungen (Assistenzpraktikum nach § 12 Abs. 4) und legt die Grundlage für notwendige Ausnahmen bei Absolventinnen und Absolventen lehramtsspezifischer Studiengänge aus anderen Bundesländern.

Absatz 2

enthält die Ermächtigung zu einer ausführenden Verordnung. Nach § 9 Abs. 1 und § 11 Abs. 1 hat diese Verordnung mehrere Funktionen: Sie definiert die Voraussetzungen für den Zugang zum Vorbereitungsdienst (mittelbar zum Schuldienst) und ist dadurch mittelbar ein landesspezifischer Maßstab für die Durchführung von vorlaufenden Akkreditierungsverfahren. Damit wird Studierenden bereits bei Studienbeginn Sicherheit in Bezug auf die Voraussetzungen eines späteren Zugangs zum Vorbereitungsdienst und damit zum staatlich reglementierten Beruf (Beamtenlaufbahn) gewährt.

Regelungen zu den einzelnen Fächern und Kompetenzen (Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2) sind notwendig,

- um die Lehrämter schulformgerecht zu profilieren,
- um die praktische Einsetzbarkeit von Lehrerinnen und Lehrern an Schulen zu gewährleisten, und die (regelmäßige) Begründung von Beamtenverhältnissen auf Lebenszeit zu begründen und
- um die bundesweite Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse zu gewährleisten.

Anforderungen an das Notensystem sind Voraussetzung für spätere Verfahren der Einstellung in den Vorbereitungsdienst und in den Schuldienst (Nr. 2).

Auf Grundlage von Nr. 3 kann der Ordnungsgeber konkrete Kompetenzerwartungen an die Praxiselemente (vgl. § 12) formulieren.

Schon der Umfang der lehramtsspezifischen Fächerkataloge sowie die Notwendigkeit flexibler Anpassungen verlangen Regelungen in Form einer gesonderten Verordnung.

Zu § 10 - Studienabschlüsse

Die bisherigen Lehramtsstudiengänge mit dem Abschluss Staatsexamen werden in akademische Studiengänge in Verantwortung der Hochschulen überführt. Die Einführung gestufter (konsekutiver) Bachelor- und Masterstudiengänge folgt dem internationalen „Bologna-Prozess“ und § 60 Abs. 4 des Hochschulgesetzes vom 31. Oktober 2006. Die Struktur des Studiums berücksichtigt die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur bundesweiten Anerkennung von Abschlüssen.

Der fachlichen und bildungspolitischen Gleichwertigkeit aller Lehrämter entsprechend, setzen alle Lehrämter einen Master-Abschluss und ein Studium mit insgesamt 10 Semestern Regelstudienzeit voraus.

Abs. 2 dient der Umsetzung von Art. 15 Satz 1 der Landesverfassung. Satz 2 und Satz 3 ermöglichen es, in diesem Rahmen auch die besonderen Kompetenzen der Fachhochschulen einzubeziehen. Anrechnungen von Studienleistungen (vgl. § 19 Abs. 2 LABG 2002) bedürfen darüber hinaus hinsichtlich akademischer Studiengänge keiner besonderen Regelung mehr.

Zu § 11 - Akkreditierung von StudiengängenAbsatz 1

Der Verzicht auf Erste Staatsprüfungen erfordert neue Instrumente der Qualitätssicherung und Berücksichtigung schulischer Interessen einschließlich einer angemessenen Beteiligung des Landes als – mit Abstand größter – Arbeitgeber und Dienstherr. Diese Funktion erfüllt vor allem die Akkreditierung und Re-Akkreditierung der Studiengänge. Aufgrund der

fachlichen Anforderungen an die Tätigkeit an Schulen, aber auch aufgrund der verfassungsrechtlichen Verpflichtung des Landes, Stellen nach Eignung und Leistung zu besetzen, muss auch der Bachelor-Studiengang schon im Zusammenhang der Akkreditierung berücksichtigt werden.

Durch die Beachtung von Vereinbarungen unter den Ländern sichern die Hochschulen auch die bundesweite Anerkennungsfähigkeit ihrer Abschlüsse. Zu beachten sind insbesondere der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 2. Juni 2005 „Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in Studiengängen, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden“, der Beschluss der Kultusministerkonferenz „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ vom 16. Dezember 2004 sowie Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zu „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und –didaktiken“ nach Ziffer 2.3.1 des erstgenannten Beschlusses.

Absatz 2

Die Regelung stellt klar, dass der Bachelor-Studiengang polyvalent zu gestalten ist, um auch für Berufsfelder außerhalb der Schule zu befähigen, andererseits hinreichende lehramtsspezifische Elemente enthält, die nach den Vereinbarungen unter den Ländern von Beginn an Teil des Studiums sein sollen (Satz 3). Satz 4 zielt auf den sog. Quereinstieg in lehramtsrelevante Studiengänge im Einzelfall, nicht auf die Gestaltung von Studiengängen.

Absatz 4 orientiert sich an der international üblichen Ausgestaltung von Bachelor- und Master-Studiengängen und sichert Vergleichbarkeit und Nachweisbarkeit von Leistungen im Land und bundesweit. Modulabschlussprüfungen gewährleisten eine nicht nur auf die einzelnen Inhalte bezogene, sondern Inhalte und Methoden verbindende sowie kompetenzorientierte Überprüfung des Gelernten.

Absatz 5 enthält die Grundlegung für das schulformbezogene Profil der einzelnen Lehrämter nach § 3 Abs. 1, das durch die Verordnung nach § 9 Abs. 2 ausgestaltet wird. Das Studium ist mit einem integrierten Ansatz grundsätzlich auf zwei Fächer und Erziehungswissenschaft bezogen. Die Möglichkeit der Ausnahme für die Fächer Kunst und Musik im Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen (Abs. 3) schreibt § 14 Nr. 2 des LABG 2002 fort.

Die Festlegung von Mindestanforderungen an das Masterstudium in Absatz 6 sichert den Charakter des Masterstudiums als Vertiefungsstufe in Bezug auf ein Lehramtsstudium, das sich in verschiedene Fächer und Erziehungswissenschaft gliedert.

Leistungen in „Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte“ (Absatz 7 Satz 1) sind Voraussetzung dafür, dass die im Schulgesetz (§ 2 Abs. 10) wie in den Integrationsplänen von Land und Bund definierten Integrationsziele erreicht werden können. Besondere praktische Anforderungen an Fremdsprachen, künstlerische Fächer und Sport definieren die Hochschulen auf der Grundlage des § 49 Abs. 5 des Hochschulgesetzes in ihren Prüfungsordnungen. Die in Satz 3 verlangte „lehramtsbezogene“ Eignung richtet sich auf eine sachgerechte Differenzierung der Anforderungen für die einzelnen Lehrämter; Lernbereiche des Lehramts an Grundschulen besonderen Zuschnitts (etwa „Ästhetische Erziehung“) erfasst die Regelung nicht.

Zu § 12 - Praxiselemente

Die Regelung konkretisiert und erweitert die in § 2 Abs. 4 des LABG 2002 angelegten Praxisphasen zu einem die gesamten Ausbildung umgreifenden kohärenten Gesamtkonzept. Aufeinander bezogene Praxiselemente ermöglichen den Studierenden eine fortlaufende Überprüfung ihres Berufswunschs. Gewicht und Qualität schulpraktischer Ausbildung werden dadurch gestärkt.

Die bis zum Zugang zum Vorbereitungsdienst zu absolvierenden Praxiselemente gewährleisten in Verbindung mit dem Vorbereitungsdienst nach § 5 eine schulpraktische Ausbildung von insgesamt mindestens 18 Monaten Dauer (bundesweite Vereinbarung unter den Ländern).

Die Praxisphasen des Bachelor-Studiengangs (Abs. 2) dienen sowohl der Vorbereitung auf den Lehrerberuf und der Strukturierung des nachfolgenden Studiums als auch dem Erschließen anderer Berufsfelder.

Das Praxissemester (Abs. 3) erhält sein Profil durch seinen Bezug auf verschiedene Lernorte. Zentral ist der Lernort Schule. Das Praxissemester zielt auf die Berufsvorbereitung wie auf die berufsfeldbezogene Orientierung im folgenden Master-Studium und sollte daher sinnvollerweise in das 2. Semester des Masterstudiums, spätestens in das 3. Semester, integriert werden. Die Beteiligung der Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung verbessert die Intensität der fachlichen Begleitung und die Qualität des Praxisbezugs. Die Gesamtverantwortung liegt bei den Hochschulen.

Das Assistenzpraktikum nach Abs. 4 soll entsprechend seiner fachlichen Zielrichtung möglichst frühzeitig, vor Studienbeginn, absolviert werden. Um unverhältnismäßige Verzögerungen des Studienbeginns zu vermeiden, muss in bestimmten Fällen ein Nachholen von Teilen des Assistenzpraktikums ermöglicht werden. Das Assistenzpraktikum ist nicht Teil des Studiums (vgl. Abs. 1 Satz 1) und muss spätestens vor Beginn des Vorbereitungsdienstes vollständig nachgewiesen werden.

Staatlich genehmigte Ersatzschulen sind als Ausbildungsschulen zugelassen, aber nicht zur Teilnahme an der schulpraktischen Ausbildung verpflichtet (§ 12 Abs. 5 Satz 2). Abs. 5 Satz 3 konkretisiert § 59 Abs. 2 des Schulgesetzes.

Zu § 13 - Berufsbegleitender Vorbereitungsdienst

Absatz 1

Auch Maßnahmen zur langfristigen Deckung des Personalbedarfs an Schulen können nicht garantieren, dass lehramts- und fachspezifisch Personalbedarf jederzeit und landesweit gedeckt werden kann. Um in dringenden Fällen Abhilfe zu ermöglichen, lässt § 13 den nach § 3 Abs. 4 des LABG 2002 befristet zugelassenen berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst nunmehr unbefristet zu – bindet ihn aber an neue Voraussetzungen und gestaltet ihn neu aus.

Ziel des Vorbereitungsdienstes ist weiter die fachliche und rechtliche Gleichstellung der Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der Ausbildung durch Bestehen der allgemeinen Staatsprüfung (§ 7). Dieses Ziel kann jedoch nicht mehr durch Teilnahme am allgemeinen Vorbereitungsdienst (§ 5) erreicht werden. Das liegt vor allem an der Verkürzung dieses Vorbereitungsdienstes in der Regel-Ausbildung sowie an der Stärkung schulpraktischer Elemente in der Regel-Ausbildung bereits vor Beginn des Vorbereitungsdienstes.

tes (§ 12, insbesondere Praxissemester nach § 12 Abs. 3). Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger benötigen daher eine längere und besonders ausgestaltete Ausbildung. Anrechnungen von Vor-Tätigkeiten auf die Dauer der Ausbildung werden nicht ausgeschlossen.

Die Beschränkung des Seiteneinstiegs in den Lehrerberuf auf diesen Vorbereitungsdienst verbessert Qualität und Zielgerichtetheit des Seiteneinstiegs. Diese Beschränkung spart zudem Ausbildungsressourcen.

Absatz 2

Die Regelungen zielen nicht auf die Einstellung in den Schuldienst, sondern auf den Zugang zur berufsbegleitenden Ausbildung. Sie müssen das fachliche Niveau und den Ausnahmecharakter des berufsbegleitenden Vorbereitungsdienstes gewährleisten. Der Zugang kann nicht mehr über den Erwerb Erster Staatsprüfungen (insbesondere durch Anerkennung nach § 20 Abs. 2 und Abs. 5 des LABG 2002) gesteuert werden. Die für die Einstellung zuständige Stelle trifft neben der Einstellungsentscheidung auch die Entscheidung über die Eignung zur weiteren Qualifizierung. Dabei berücksichtigt sie die fachwissenschaftlichen Anforderungen der beiden Fächer, in denen ausgebildet werden soll (vgl. Abs. 2 Satz 2). Die Integration dieser Entscheidung in das Einstellungsverfahren sichert auch den vorrangigen Zugang zum Schuldienst für Absolventinnen und Absolventen der Regelausbildung. Vertreterinnen oder Vertreter der Lehrerausbildung können nach Maßgabe der Verordnung nach Abs. 3 beteiligt werden.

Die Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung in § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 beruht auf § 10 des Landesgleichstellungsgesetzes.

§ 13 Abs. 2 Satz 4 definiert „Einstellungen“ ausschließlich mit Blick auf Satz 1 Nr. 3; weitergehende Rechte können aus der Begründung eines befristeten Beschäftigtenverhältnisses nicht abgeleitet werden.

Die Modifikation der Regelungen für den Bereich staatlich anerkannter Ersatzschulen in Satz 5 beruht auf deren größerer Freiheit in Einstellungsverfahren.

Absatz 3

Satz 1 entspricht dem § 18 Abs. 4 des LABG 2002. Satz 2 übernimmt zum Teil den Regelungsgehalt des § 20 Abs. 2 Satz 2 des LABG 2002 und ergänzt ihn um die Möglichkeit fachbezogener Zusatzprüfungen, die der qualitativen Sicherung des 2-Fach-Prinzips in der Lehrerausbildung (§ 11 Abs. 5) dienen. Die Verordnung muss unter anderem besondere Regelungen für Teilzeitbeschäftigte treffen sowie Regelungen zu Bewerberinnen und Bewerbern, die eine Staatsprüfung bereits nicht bestanden haben.

Zu § 14 - Anerkennung

Absatz 1

Den Abschluss als Master of Education für ein Lehramt – als akademischen Abschluss – kann man nicht mehr im Wege einer Anerkennung durch das Land erwerben. Auch eine auf ein Fach beschränkte Teil-Anerkennung kann es nicht mehr geben. Dennoch muss Absolventinnen und Absolventen lehramtsspezifischer (staatlicher oder akademischer) Studiengänge aus anderen Bundesländern und ggf. dem Ausland die Möglichkeit erhalten bleiben, am nordrhein-westfälischen Vorbereitungsdienst teilzunehmen. Dazu bedarf es der Zuordnung nordrhein-westfälischer Lehrämter und Fächer sowie der Prüfung der Ausbildungsmöglichkeiten in entsprechenden Fächern.

Satz 2 zielt auf Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern, die nach dem Studium erst geringere schulpraktische Ausbildungsanteile nachweisen; sie müssen ggf. schulpraktische Ausbildungselemente nachholen, um Zugang zum Vorbereitungsdienst in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Dabei ist zu gewährleisten, dass unter Berücksichtigung des ausstehenden Vorbereitungsdienstes - der dann auf 12 Monate zu kürzen ist (vgl. § 20 Abs. 6 LABG) - eine schulpraktische Ausbildung von insgesamt mindestens 18 Monaten Dauer gewährleistet wird. Die Mindestdauer der schulpraktischen Ausbildung von 18 Monaten entspricht bundesweiten Vereinbarungen unter den Ländern (vgl. § 12 Abs. 1). Welche Abschlüsse mit welchen schulpraktischen Anteilen in anderen Bundesländern künftig erworben werden, ist derzeit wegen laufender Reformvorhaben in vielen Ländern nicht konkret absehbar. Bei Übertragung der Anerkennungsbefugnis auf verschiedene Behörden (§ 14 Abs. 5 Nr. 2) kann das für Schulen zuständige Ministerium das Ermessen lenkende Regelungen treffen und erforderlichenfalls Fallgruppen bilden.

Absatz 2

bezieht sich auf § 16 Abs. 1 und Abs. 2.

Absatz 3

nimmt den Regelungsgehalt des § 20 Abs. 4 Satz 1 des LABG 2002 auf. Ein § 20 Abs. 4 Satz 2 des LABG 2002 entsprechendes Regelungsbedürfnis ist durch § 13 dieses Gesetzes entfallen.

Absatz 4

Nimmt den Regelungsgehalt des § 50 Abs. 5 der Lehramtsprüfungsordnung vom 27. März 2003 (GV. NRW. S. 182) auf.

Absatz 5

Entspricht im Wesentlichen § 20 Abs. 6 des LABG 2002 und stellt klar, dass sich die Ermächtigung auch auf die – an Bedeutung gewinnende - Umsetzung von Recht der Europäischen Union erstreckt.

Zu § 15 - Mehrere Lehrämter

§ 15 knüpft an § 11 des LABG 2002 an. Absatz 2 Satz 2 trägt der Bedeutung der schulpraktischen Ausbildung im Studium (§ 12) Rechnung und sichert die lehramtsspezifische Differenzierung der Ausbildung im Studium.

Zu § 16 - Mehrere Lehrbefähigungen (Erweiterungen); Unterrichtserlaubnisse

Absatz 1

Erweiterungsprüfungen zu Ersten Staatsprüfungen (§ 22 des LABG 2002) können nach Wegfall der Ersten Staatsprüfungen nicht mehr abgelegt werden. Hochschulen können Ersatz dafür im Rahmen akademischer Studiengänge nach Abs. 1 anbieten, zum Beispiel im Rahmen von Weiterbildungsstudiengängen nach § 62 Abs. 3 des Hochschulgesetzes vom 31. Oktober 2006. Möglichkeiten der Anerkennung bestehen nach § 14 Abs. 2. Die Übergangsregelungen in § 21 Abs. 3 ermöglichen einen langfristigen Übergang. § 16 Abs. 1 Satz 3 2. Halbsatz zielt in erster Linie auf sog. „kleine Fächer“ außerhalb der allge-

meinen Fächerkataloge der Verordnung nach § 9 Abs. 2, die eine Modifikation der allgemeinen Anforderungen verlangen können.

Zu § 17 - Lehrerinnen und Lehrer ohne eine Befähigung zu einem Lehramt

§ 17 entspricht dem § 24 des LABG 2002 und ist Grundlage für den Abschnitt V der Laufbahnverordnung vom 23. November 1995 (GV. NRW. 1996 S 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498).

Zu § 18 - Förderliche Berufstätigkeit

§ 18 schreibt den Regelungsgehalt von § 26 des LABG 2002 fort, indem er auf die neuen Studiengänge Bezug nimmt. Die Beschränkung der Vorgängerregelung auf „Fachschulen“ ist bereits durch die Einführung der Schulform „Berufskolleg“ (§ 22 des Schulgesetzes), die verschiedene Bildungsgänge übergreift, nicht mehr sachgerecht.

Zu § 19 - Früher erworbene Lehrämter

Die Überschrift wird entsprechend § 82 der Laufbahnverordnung gefasst.

Abs. 1 regelt die laufbahnrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für Inhaberinnen und Inhaber früherer Lehramtsbefähigungen (Lehrämter). Durch die Änderung der Lehrämter in § 3 Abs. 1 wird eine Ergänzung gegenüber der Vorgängerregelung in § 28 Abs. 1 des LABG 2002 erforderlich.

Sondertatbestände für den Erwerb von Lehrämtern entsprechend der Vorgängerregelung in § 28 Abs. 4 des LABG 2002 sind nicht vorgesehen. Sie stünden in Widerspruch zur Stärkung des Schulformbezugs in § 3 Abs. 1, der keine Lehramtsbefähigung mehr vorsieht, die die Primarstufe und die Sekundarstufe I übergreift.

Zu § 20 - Inkrafttreten; Außerkrafttreten; Übergangsregelungen; Berichtspflicht

Die Übergangsregelungen in § 20 stehen vor der Aufgabe, aktuell parallel geltende Regelungssysteme für die Lehrerausbildung (LABG 1998, LABG 2002, Modellversuch von 2003) in ein neues einheitliches Regelungssystem zu überführen. Mit den neuen Regelungen entsteht für eine Übergangszeit notwendigerweise ein zusätzliches Regelungssystem. Das beruht zum einen auf der notwendigen Gewährung von Vertrauensschutz für heutige Auszubildende, Ausbildungen nach altem Recht abschließen zu können; es beruht zum anderen darauf, dass Hochschulen Zeit benötigen, um Studiengänge nach neuem Recht zu entwickeln, vorlaufend durch Satzungsrecht zu regeln und akkreditieren zu lassen; es beruht schließlich darauf, dass den Hochschulen eine Wahlmöglichkeit eröffnet wird, ihre Studiengänge statt im Jahr 2010 bereits im Jahr 2009 umzustellen.

Absatz 1 und Absatz 2

Das Gesetz tritt wegen der genannten Vorwirkungen für künftige Studiengänge zum 1. April 2009 in Kraft. Eine Umstellung auf die neuen Studiengänge wird den Hochschulen zum

1. Oktober 2009 ermöglicht. Eine Umstellung der Studiengänge erfolgt spätestens zum 1. Oktober 2010; da dann Ausbildungen nach dem LABG 2002 nicht mehr neu aufgenommen werden können, treten auch die Regelungen über Lehramtsbefähigungen grundsätzlich zu diesem Termin an die Stelle der Regelungen des LABG 2002.

Die bestehenden Modellversuche („Gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung“, Verordnung vom 27. März 2003 (GV. NRW. S. 194) können in diesem Rahmen fortgeführt werden.

Die vorlaufende Akkreditierung der Studiengänge beruht auf § 7 Abs. 1 des Hochschulgesetzes vom 31. Oktober 2006. Ausnahmen nach Abs. 2 Satz 3 zielen lediglich auf Fälle, in denen nach einem ordnungsgemäßen vorlaufenden Akkreditierungsverfahren vom baldigen förmlichen Nachweis einer positiven Akkreditierungsentscheidung auszugehen ist. Abs. 2 Satz 4 vermeidet eine Regelungslücke für Hochschulen im Modellversuch, der nach § 16 der genannten Verordnung bis zum Sommersemester 2009 befristet ist.

Absatz 3

Die Erweiterung bereits erworbener Lehramtsbefähigungen nach § 15 und § 16 muss langfristig auf neue Angebote der Weiterqualifizierung umgestellt werden. Solange an den einzelnen Hochschulen auslaufend ohnehin noch Staatsexamens-Studiengänge für Erst-Studierende durchgeführt werden müssen (Abs. 4), können auch diese Studienangebote noch genutzt werden, um Erweiterungen von Lehramtsbefähigungen und Lehrbefähigungen zu ermöglichen. Durch die geringere Dauer von Erweiterungsstudien bleiben Neu-Einschreibungen länger möglich. Dies dient auch personalwirtschaftlichen Interessen des Landes.

Absatz 4

gewährt Studierenden den verfassungsrechtlich gebotenen Vertrauensschutz zum Abschluss ihres Studiums nach den bei Studienaufnahme geltenden Bedingungen. Da aufgrund des LABG 2002 auch Erste Staatsprüfungen teilweise Studien begleitend abgelegt werden, kann die Regelung nicht an die Meldung zur Prüfung anknüpfen, sondern muss auf deren Abschluss abstellen. Regelstudienzeiten enden danach hochschul- und lehramtsspezifisch bis 2014. Studierende müssen eine Erste Staatsprüfung bis spätestens zum Ende des Sommersemesters 2016 abgelegt haben.

Absatz 5

Es wird klar gestellt, dass sich der Erwerb der jeweiligen Lehramtsbefähigungen nach dem jeweiligen Studienabschluss richtet.

Absatz 6

ist Grundlage für eine ausbildungsfachliche Neu-Konzeption des Vorbereitungsdienstes und sieht seine schrittweise Kürzung vor; beginnend 2011 auf 18 Monate. Da Absolventinnen und Absolventen (aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern) sukzessive umfangreichere Praxiselemente im Studium nachweisen, werden Vorbereitungsdienste durch obligatorische Anrechnung solcher Praxiselemente bereits ab 2011 auf zwölf Monate verkürzt (zunächst in geringerer Zahl). Die Ordnung des Vorbereitungsdienstes muss eine schulpraktische Ausbildung von mindestens 18 Monaten Dauer gewährleisten (vgl. zu § 12 Abs. 1 und § 14 Abs. 1).

Absatz 7

§ 25 des LABG 2002 sieht eine besondere Ausbildung im Bereich der Agrarwirtschaft vor, die in besonderen Verfahren zu einer Doppelqualifizierung für den Schuldienst und den

höheren agrarwirtschaftlichen Verwaltungsdienst führt. § 21 Abs. 1 hebt den § 25 LABG 2002 auf. § 21 Abs. 7 befristet den Zugang zu der besonderen Ausbildung nach § 25 LABG 2002 bis zum Jahr 2009 und hebt die auf Grund des § 25 LABG 2002 erlassenen Sonderregelungen auf. Absolventinnen und Absolventen lehramtsfremder Studiengänge können künftig im Seiteneinstieg nach § 13 in den Schuldienst eingestellt werden; Absolventinnen und Absolventen aus anderen Bundesländern, die Lehramtsprüfungen im Sinne des § 14 Abs. 1 abgelegt haben, können unter den dafür geltenden allgemeinen Bedingungen in einen Vorbereitungsdienst nach § 5 eingestellt werden. Das in § 25 LABG 2002 erwähnte Landesinstitut für Landwirtschaftspädagogik kann in der Folge aufgehoben werden.

Zu Artikel II - Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG)

Die neuen Zentren für Lehrerbildung stellen eines der Kernelemente der Reform der Lehrerbildung dar. Bislang steht den Studierenden als Lehramtsstudierende an der Universität kein institutioneller Ort der Zuständigkeit und der berufsbezogenen Identifikation für die Besonderheiten ihrer berufsspezifischen Ausbildung zur Verfügung. Vielmehr finden sie eine Zersplitterung in Fächer vor, bei der die Verantwortlichkeiten für ihre Ausbildung nicht deutlich erkennbar wird. Zwar gibt es an allen Universitäten Zentren für Lehrerbildung. Allerdings besitzen diese oftmals lediglich Koordinations- und Organisationsaufgaben, sind nicht ausreichend in die universitären Entscheidungsprozesse und -strukturen integriert und verfügen vielfach über keine eigenen Ressourcen. Diesem strukturellen Manko hilft die Neufassung des § 30 Hochschulgesetz ab. Das Ziel, das mit diesen neuen Zentren erreicht werden soll, ist vor allem die Schaffung eines Identifikationsortes für Lehrende und Studierende der Lehramtsstudiengänge. Dies erfolgt auf gleicher Ebene mit den Fachbereichen, da das Zentrum für sein Gebiet – also für die eigenverantwortliche Gewährleistung der akademischen Phase der Lehrerbildung – die Aufgaben der Hochschule wahrnimmt.

Die Regelung unterstreicht dabei auch, dass das Zentrum die notwendigen forschungsbezogenen Aufgaben gebündelt und berufsbezogen forcieren und fördern soll, um den Mangel, auch im Bereich der Nachwuchsförderung, im Bereich der interdisziplinären schul- und unterrichtsbezogenen Forschung entgegen zu treten.

Die Zentren sollen auch ein Mitspracherecht bei der Besetzung von Professuren mit fachdidaktischen oder erziehungswissenschaftlichen Schwerpunkten haben.

Die konkrete Ausgestaltung der neuen Zentren regelt die Universität durch Ordnung. Da die Organe des Zentrums mitgliedschaftsrechtlich hinreichend legitimiert sein müssen, müssen sie ihre Legitimation entweder auf den Senat bzw. auf die Fachbereiche zurückführen oder auf die Mitglieder des Zentrums. Welche Alternative gewählt wird, entscheidet die Hochschule. Falls sie sich für die mitgliedschaftsrechtliche Lösung entscheidet, regelt sie das Nähere hierzu durch Ordnung.

Wie auch bei den Fachbereichen für die sonstigen Mastergrade verantworten die Zentren für Lehrerbildung die durch die Universität erfolgende Verleihung des Master of Education,

der im Anschluss an das Studium des entsprechenden, vom Zentrum angebotenen Master-Studiengangs erworben wird.

Die Studierendenschaft entscheidet im Rahmen ihrer Autonomie gem. § 56 Abs. 1 Satz 1 Hochschulgesetz darüber, ob sie dem Zentrum für Lehrerbildung eine Fachschaft zuordnet.

Aufgrund des Verweises auf § 27 Abs. 1 Hochschulgesetz kommen der Zentrumsleitung die Dekanebefugnisse nach § 27 Abs. 1 HG einschließlich ihrer Weisungsbefugnisse zu. Über den Verweis auf § 27 Abs. 4 Hochschulgesetz wird zugleich die professorale Leitung des Zentrums gewährleistet. Der Hochschule steht es zudem frei, in der Ordnung für die Zentrumsleitung die Geltung derjenigen Regelungen vorzusehen, die für die Dekaninnen und Dekane sowie für das Dekanat greifen (§ 27 Abs. 2, 3, 5 und 6 Hochschulgesetz).

Vertreterinnen und Vertreter der Zentren für schulpraktische Lehrerbildung sollen in den Zentren für Lehrerbildung in geeigneter Weise mitwirken; das Nähere hierzu regelt die Hochschule durch Ordnung. Das Gesetz unterstreicht zugleich die Befugnis der Hochschule, die stimmrechtlichen Vorkehrungen treffen zu dürfen.

Absatz 2:

Um den Bedarf an Lehrkräften in den verschiedenen Schulformen decken zu können, werden Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen abgeschlossen, in denen die für die Lehrerbildung zur Verfügung gestellten Kapazitäten vereinbart werden. Neben quantitativen Aspekten werden in diesen Vereinbarungen auch qualitative Ziele von Hochschulen in der Lehrerbildung formuliert. Vor Abschluss der einzelnen Ziel- und Leistungsvereinbarungen wird Einvernehmen insbesondere über die landesweit vorgesehenen Kapazitäten und das Fächerangebot mit dem für Schule zuständigen Ministerium hergestellt.

zur Aufhebung des § 30 Abs. 2 Hochschulgesetz alte Fassung:

Mit der Neufassung des § 30 wird sein bisheriger zweiter Absatz, der die Studienzentren der Fernuniversität in Hagen betraf, gestrichen. Die korporationsrechtliche Einordnung der Mentorinnen und Mentoren der Studienzentren als den wissenschaftlichen Hilfskräften im Sinne des § 46 Hochschulgesetz gleichgestellten Personen wird durch die Aufhebung des § 30 Abs. 2 Hochschulgesetz alte Fassung nicht berührt.

Zu Artikel III - Verordnung über den Zugang zum nordrhein-westfälischen Vorbereitungsdienst für Lehrämter an Schulen und Voraussetzungen bundesweiter Mobilität (Lehramts-Zugangsverordnung - LZV)

A. Allgemeiner Teil

Die Verordnung über den Zugang zum Vorbereitungsdienst hat nach § 9 Abs. 2 des Lehrerbildungsgesetzes vom ... 2008 mehrere Funktionen: Sie

- definiert die Voraussetzungen für den Zugang zum nordrhein-westfälischen Vorbereitungsdienst (mittelbar zum Schuldienst),
- ist landesspezifischer Maßstab für die Durchführung von Akkreditierungsverfahren und
- soll bundesweite Mobilität von Absolventinnen und Absolventen lehramtsbezogener Studienabschlüsse ermöglichen (aus und nach Nordrhein-Westfalen).

Die §§ 2 bis 6 der Verordnung geben den Lehrämtern ihr schulformbezogenes Profil und gewährleisten durch ihre jeweiligen Fächerkataloge zudem eine breite und dauerhafte Einsetzbarkeit von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst des Landes (nach § 57 Abs. 5 Satz 2 des Schulgesetzes regelmäßig im Beamtenverhältnis). Sie definieren quantitative Mindestanforderungen an die einzelnen Teilbereiche des Studiums. Die Bezeichnung von Leistungspunkten und die tabellarische Darstellung der Regelungen dienen der Bestimmtheit und der Transparenz, die vor allem wegen der Grundrechtsrelevanz von Regelungen zum Berufszugang erforderlich sind.

Die Einhaltung der lehramtsspezifischen Mindestwerte soll auch die bundesweite Anerkennungsfähigkeit der Abschlüsse sichern.

Im Anschluss an die Heraushebung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern, des Umgangs mit Verschiedenheit und der Integrationsziele in §§ 1 f. des Schulgesetzes werden in allen Lehrämtern die Bereiche „Diagnose und Förderung“ und „Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte“ obligatorisch. Die Kompetenzprofile der differenzierten Lehrämter entsprechen auch darüber hinaus den Leitgedanken der Schulreform in Nordrhein-Westfalen, die die Tätigkeitsanforderungen in den einzelnen Schulformen stärker berücksichtigt, den Leistungsgedanken wieder in den Mittelpunkt rückt und die sozialen Kompetenzen stärkt.

B. Besonderer Teil

Zu § 1 - Zugang zum Vorbereitungsdienst

Die fachlich und bildungspolitisch notwendige Stärkung der jeweiligen Fachdidaktiken fordert eigene Mindestanforderungen (§ 1 Abs. 2).

Die für die Tätigkeit an Schulen im jeweiligen Lehramt erforderlichen fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Kompetenzen sollen sich nach den Vereinbarungen unter den Bundesländern richten (§ 1 Abs. 3).

Grundlegende berufliche Kompetenzen ergeben sich aus dem Beschluss der Kultusministerkonferenz „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ vom 16. Dezember 2004, soweit dieser Anforderungen an die schwerpunktmäßig theoretischen Ausbildungsabschnitte der Lehrerausbildung enthält. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Kompetenzen ergeben sich aus Beschlüssen der Kultusministerkonferenz zu „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und –didaktiken“ nach Ziffer 2.3.1 des Beschlusses vom 2. Juni 2005 „Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in Studiengängen, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden“. Die Beschlüsse sind auch ein Maßstab

für die Akkreditierung von Studiengängen nach § 11 Abs. 1 des Lehrerausbildungsgesetzes.

Auch die Erfüllung dieser Anforderungen dient nicht zuletzt der bundesweiten Anerkennungsfähigkeit der Abschlüsse (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 2. Juni 2005, Nr. 2.3).

Zu § 2 - Lehramt an Grundschulen

Das durch das Lehrerausbildungsgesetz vom ... 2008 neu geschaffene eigenständige Grundschullehramt konzentriert sich stark auf das frühe Lernen und hat eine hohe Durchlässigkeit zur Sonderpädagogik und zur elementaren Bildung. Es ist im Wesentlichen nicht nach (Unterrichts-) Fächern, sondern nach Lernbereichen strukturiert. Zentrale Bedeutung haben die obligatorischen Lernbereiche, die auf den Schriftspracherwerb und die Grundlagen der Mathematik gerichtet sind.

Zu § 3 - Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen

Das Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen wird fachlich, aber auch in seinen erzieherisch-sozialpädagogischen Dimensionen gestärkt. Die Gewährleistung eines Kernfachs nach Abs. 2 Satz 2 dient neben der Fokussierung auf die zentralen Aufgaben der Schulen auch einem schulischen Interessen entsprechenden Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern.

Der bisherige Fächerkatalog wurde in Abs. 2 Satz 1 um „Russisch“ und „Spanisch“ erweitert.

Zu § 4 - Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen

Auch das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen umfasst die für alle Lehrämter erforderlichen Querschnittsbereiche. Es verliert dabei nicht seinen Schwerpunkt im Bereich der Wissenschaftspropädeutik; der Umfang der fachwissenschaftlichen Studien wird gegenüber den aufgrund des LABG 2002 erlassenen Regelungen sogar leicht erhöht.

Die Gewährleistung eines Kernfachs nach Abs. 2 Satz 2 (Pflichtbindung) dient neben der Fokussierung auf die zentralen Aufgaben der Schulen auch einem schulischen Interessen entsprechenden Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern - insbesondere im Zusammenhang mit der Gewährleistung allgemeiner Studierfähigkeit.

Der bisherige Fächerkatalog wurde in Abs. 2 Satz 1 um „Chinesisch“ erweitert.

Absatz 2 Satz 4 macht Gebrauch von der in § 11 Abs. 5 Nr. 3 des Lehrerausbildungsgesetzes enthaltenen Ermächtigung, Kunst oder Musik an Stelle von zwei Unterrichtsfächern zuzulassen.

Zu § 5 - Lehramt an Berufskollegs

Die Ausbildung für das Lehramt an Berufskollegs ist in besonderer Weise angepasst an die Vielgestaltigkeit der Aufgaben und Bildungsgänge dieser Schulform. Sie muss unter anderem auch das Angebot der gymnasialen Oberstufe gewährleisten. Die mit den verschiede-

nen Modellen eröffneten Alternativen ermöglichen auch den Hochschulen zugleich breitere und stärker zielgerichtete Angebote von Studiengängen (Hochschulen sind nicht verpflichtet, in ihren Angeboten alle Möglichkeiten umzusetzen). Verbindendes Element sind die in allen Modellen erforderlichen berufspädagogischen Studien.

Um die beiden Lernorte vieler Schülerinnen und Schüler (Berufskolleg und Betrieb) kennenzulernen, wird das Studium ergänzt um eine fachpraktische Tätigkeit von zwölf Monaten Dauer nach Abs. 6. Letzteres dient auch der bundesweiten Anerkennungsfähigkeit der Abschlüsse. Die in Abs. 6 vorgesehenen näheren Bestimmungen können insbesondere regeln, inwieweit andere Tätigkeiten angerechnet werden: Berufsausbildungen nach Berufsbildungsgesetz und Assistentenausbildungen nach Landesrecht, möglicherweise auch Tätigkeiten im Rahmen des Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen Jahres (etwa für die berufliche Fachrichtung Sozialpädagogik).

Zu § 6 - Lehramt für sonderpädagogische Förderung

Die Reform der sonderpädagogischen Lehrerausbildung trägt einem integrativen Grundverständnis von sonderpädagogischer Förderung/ Behinderung Rechnung. Leitziel ist, den Schüler oder die Schülerin gemäß den individuellen Kompetenzen dem jeweiligen Bildungsgangziel möglichst nahe zu bringen. Sonderpädagogische Förderung versteht sich als subsidiär und arbeitet in den Bereichen Prävention und Beratung in enger Kooperation mit den allgemeinen Schulen. Lehrerinnen und Lehrer werden an unterschiedlichen Förderorten und mit unterschiedlichen Aufgabenprofilen (Prävention, Beratung, Unterricht) in verschiedenen Schulstufen sowie in allgemeinen Schulen und Förderschulen tätig.

Dazu sind differenzierte und breite Lehrerkompetenzen erforderlich, neben einem breiten Spektrum nonkategorialer Förderkompetenzen nicht zuletzt auch gestärkte fachwissenschaftliche Kompetenzen. Im Masterstudium werden zwei Förderschwerpunkte vertieft studiert. Das Studium umfasst daneben zwei Fächer oder Lernbereiche.

Das Lehramt für sonderpädagogische Förderung wird ergänzt durch die Möglichkeit, sonderpädagogische Fachrichtungen im Rahmen anderer Lehramtsbefähigungen zu studieren (§ 4 Abs. 2 Satz 3 und § 5 Abs. 5).

Die Gewährleistung von Kernfächern nach Abs. 4 knüpft an bereits aufgrund des LABG 2002 erlassene Regelungen an sowie an § 3 Abs. 2 Satz 2 und § 2 Abs. 1 dieser Verordnung.

Zu § 7 - Orientierungspraktikum und außerschulisches Praktikum

Die §§ 7 bis 9 konkretisieren das in § 12 des Lehrerausbildungsgesetzes angelegte Gesamtkonzept der Praxiselemente, das die Reform der Lehrerausbildung prägt. Aufeinander bezogene Praxiselemente steigern die Qualität der Ausbildung und ermöglichen den Studierenden fortlaufende Überprüfung ihres Berufswunschs.

Die Praxisphasen des Bachelor-Studiengangs nach § 7 dienen sowohl der Vorbereitung auf den Lehrerberuf als auch dem Erschließen anderer Berufsfelder.

Zu § 8 - Praxissemester

Das Praxissemester erhält sein Profil durch seinen Bezug auf verschiedene Lernorte. Zentral ist die Tätigkeit an Schulen. Das Praxissemester zielt auf die Berufsvorbereitung wie auf die Qualifizierung des folgenden Studiums im Master-Studiengang. Es wird daher möglichst frühzeitig in diesem Studiengang geleistet. Die Anbindung an ein Schulhalbjahr ist Voraussetzung für einen fachlich begründeten Einsatz durch die Schule wie auch als Rahmen für eine konsistente Praxiserfahrung der Praktikantinnen und Praktikanten. Die Beteiligung der Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung verbessert die Intensität der fachlichen Begleitung und die Qualität des Praxisbezugs. Die Gesamtverantwortung liegt bei den Hochschulen.

Zu § 9 - Assistenzpraktikum

Das Assistenzpraktikum ist nicht Teil des Studiums; es muss vor dem Vorbereitungsdienst abgeschlossen sein, soll aber entsprechend seiner fachlichen Zielrichtung möglichst frühzeitig, vor Studienbeginn, absolviert werden (§ 12 Abs. 1 und Abs. 4 LABG und § 1 Abs. 1 Satz 4 dieser Verordnung). Der spezielle Charakter der Ausbildung für Berufskollegs und die sonderpädagogische Förderung fordert in diesen Lehrämtern einen Schulformbezug bereits im Assistenzpraktikum.

Soweit das Assistenzpraktikum teilweise während des Studiums geleistet wird, kann es auch zeitlich gestreckt erbracht werden, etwa an einem Tag pro Woche.

Zu § 10 - Erziehungswissenschaftliche und übergreifende Kompetenzen

Neben den fachwissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen Kompetenzen (vgl. § 1 Abs. 3) definiert das Land hier notwendige Kompetenzen, die im Studium verschiedenen Bereichen des Lehramtstudiums zugeordnet sein können.

Zu § 11 - Nachweis fremdsprachlicher Kenntnisse

Spezielle fremdsprachliche Kenntnisse nach Abs. 2 dienen in erster Linie der wissenschaftlichen Vertiefung des jeweiligen Fachstudiums. Sie sind im Regelfall bereits Bestandteil der Hochschulzugangsberechtigung (wie fremdsprachliche Kenntnisse nach Abs. 1).

Zu § 12 - Zeugnisse, Noten

Landeseinheitliche Grundlagen für das Bewertungs- und Benotungssystem sind wichtig für die Mobilität der Studierenden; sie sind unverzichtbar für die Vergleichbarkeit der Abschlüsse: für leistungsgerechte Auswahlentscheidungen bei der Einstellung in den Schuldienst (Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes) und ggf. bereits für Zulassungsverfahren zum Vorbereitungsdienst (§ 6 Abs. 2 des Lehrerausbildungsgesetzes).

Die Vergleichbarkeit wird gewährleistet durch die Gewichtung von Gesamtnoten nach Leistungspunkten (Abs. 3 Satz 2) und durch die Festschreibung von Mindestwerten an Leistungspunkten in den §§ 2 bis 6 dieser Verordnung.

Abs. 2 schließt nicht aus, dass Hochschulen weitere Bereiche zusätzlich im Zeugnis ausweisen.

Zu § 13 - Portfolio

Ein spezielles Portfolio ist ein Beitrag zum integrativen Verständnis der in verschiedene Phasen und Teilbereiche gegliederten Ausbildung. Es dokumentiert die schulpraktische Ausbildung in ihrem berufsbiografischen Zusammenhang. Das Lehrerausbildungsgesetz misst dem berufsbiografischen Aufbau der Lehrerkompetenzen zentrale Bedeutung bei.

Zu § 14 - In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten; Berichtspflicht

Die Verordnung steht in engem sachlichen Zusammenhang mit dem Lehrerausbildungsgesetz vom ... 2008. Die Berichtspflicht soll daher in Zusammenhang mit den Berichten nach § 1 Abs. 4 und § 20 Abs. 8 dieses Gesetzes erfüllt werden.

Zu Artikel 4 - Übergangsregelungen zum berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst

Die Regelung ändert das auslaufend geltende LABG 2002. Sie verlängert materiell Sonderregelungen für den sog. Seiteneinstieg in den Schuldienst (§ 3 Abs. 4 und § 18 Abs. 4 des LABG 2002, eingefügt durch Art. 5 des Schulrechtsänderungsgesetzes 2003 (GVBl. NW. S. 413)). Diese Sonderregelungen sollen übergangsweise weiter Anwendung finden, bis die gesetzliche Regelung in § 13 des neuen Lehrerausbildungsgesetzes (Art. 1) im Zusammenhang mit der Umstellung des Vorbereitungsdienstes vollständig umgesetzt ist.

Zu Artikel 5 - Rückkehr zum Verordnungsrang

Die Regelung verhindert, dass die zitierten Verordnungen künftig nur im Gesetzgebungsverfahren geändert werden könnten. Der zeitlich parallele Erlass der Verordnung im Gesetzgebungsverfahren dient der Beschleunigung im Interesse der Hochschulen, die die neuen Studiengänge vorlaufend akkreditieren lassen müssen.